

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis...
Wöchentlich 50 Pf. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die lehrerbildende Kolon...
jede Zeile 10 Pf. ...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 31. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vier Millionen Tonnen feindlicher Schiffsraum zerstört.
Dezemberergebnis 415 500 Tonnen.

Die Verluste der feindlichen Handelsflotten.

Amtlich. Berlin, 30. Januar 1917. Im Monat Dezember sind 152 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 329 000 Brutto-Register-Tonnen durch kriegsgerichtliche Maßnahmen der Mittelmächte verloren gegangen; davon sind 240 000 Brutto-Register-Tonnen englisch, außerdem sind 65 neutrale Handelsfahrzeuge mit 86 000 Brutto-Register-Tonnen wegen Beförderung von Vorräten zum Feinde versenkt worden. Das Dezemberergebnis beträgt also insgesamt 415 500 Brutto-Register-Tonnen.

Seit Kriegsbeginn bis 31. Dezember 1916 sind damit und unter Hinzurechnung der im Laufe des Jahres nachträglich bekannt gewordenen Kriegsverluste durch kriegsgerichtliche Maßnahmen der Mittelmächte 4 021 500 Brutto-Register-Tonnen feindlichen Handelsschiffsraumes verloren gegangen. Davon sind 3 069 000 Brutto-Register-Tonnen englisch, dies sind fast 15 Prozent der englischen Gesamttonnage zu Anfang des Krieges.

Im gleichen Zeitraum sind von den Seestreitkräften der Mittelmächte 401 neutrale Schiffe mit 537 500 Brutto-Register-Tonnen wegen Vorrätenbeförderung versenkt oder als Preisen verurteilt worden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Das Dezemberergebnis stellt wiederum einen Rekord dar, es übersteigt die bisher höchsten Ziffern der beiden Vormonate. Im November betrug das Monatsergebnis 408 500 Tonnen (53 neutrale Schiffe mit 94 000 Tonnen und 138 feindliche mit 314 000 Tonnen, davon 244 500 Tonnen englisch); im Oktober 308 500 Tonnen (72 neutrale Schiffe mit 87 000 Tonnen und 146 feindliche mit 308 500 Tonnen). Insgesamt sind im Jahre 1916, von dem nun das Ergebnis aller zwölf Monate vorliegt, 2 634 879 Tonnen Schiffsraum vernichtet worden.

Französische Angriffe gegen Höhe 304 — Erkundungsgefechte im äußersten Westen und in Mazedonien.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 30. Januar 1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Artois-Front mehrfach Erkundungsgefechte, zwischen Inzere und Somme zeitweilig harter Artilleriekampf.

Heeresgruppe Kronprinz.

Abendliche Angriffe der Franzosen gegen die Höhe 304 blieben ergebnislos.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen und in der Struma-Niederung Zusammenstoße von Aufklärungsabteilungen.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Berlin, 30. Januar. Am 18. Januar hat eine unserer Unterseeboote im englischen Kanal einen englischen Zerstörer der M-Klasse durch Torpedoschuß vernichtet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 30. Januar. Abends.

Im Westen die übliche Grabenkampftätigkeit, im Osten an der Kaukasusfront die für uns günstig verlaufen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 30. Januar 1917. (W. L. S.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der ganzen Front keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unternehmungen unserer Truppen im Górgischen hatten wieder Erfolg. Bei Rosanjedica drangen Abteilungen des Infanterie-Regiments Nr. 71 in die feindlichen Stellungen ein, sie überwältigten mehrere italienische Kompagnien, gerieten die Gräben und kehrten mit 6 Offizieren, 140 Mann als Gefangenen und mit zwei erbeuteten Maschinengewehren zurück. Ostlich von Bortolo drangen Abteilungen des I. Landsturm-Infanterie-Regiments Nr. 2 von einer ähnlichen Unternehmung 27 Gefangene und zwei Maschinengewehre ein. Unsere Ortschaften zwischen Garbafce und Gisch-Tal fanden auch gestern unter Feuer.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Haefer, Feldmarschallleutnant.

Noch ein englischer Zerstörer vernichtet.

Amtlich. Berlin, 30. Januar. Am 18. Januar hat eine unserer Unterseeboote im englischen Kanal einen englischen Zerstörer der M-Klasse durch Torpedoschuß vernichtet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Dasselbe U-Boot hat im Anschluß an diese Leistung noch weitere Erfolge aufzuweisen. Wolffs Bureau meldet:

Berlin, 30. Januar. Eines unserer U-Boote hat in der Zeit vom 18. bis 25. Januar außer den bereits amtlich gemeldeten englischen Zerstörer

nach 17 Schiffe mit 18 056 Brutto-Register-Tonnen versenkt.

Unter der Ladung der versenkten Schiffe befanden sich 5000 Tonnen Getreide, etwa 7500 Tonnen Kohlen, weiter besonders Gubenholz, Phosphor und sonstige Vorräte.

In Häfen der Mittelmächte beschlagnahmt.

Berlin, 30. Januar. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, sind bei Kriegsausbruch in den Häfen der Mittelmächte 99 feindliche Fahrzeuge mit 189 000 Brutto-Register-Tonnen, davon 75 englische mit 173 500 Brutto-Register-Tonnen beschlagnahmt worden.

Versenkt. Honor Blätter melden aus Coruna: Die Besatzungen des verletzten englischen Dampfers „Fevington“ und der norwegischen Dampfer „Donstad“ und „Julien“ wurden hier gelandet.

Englands U-Bootsorgen auf 1917.

Man macht sich auf fünf Millionen Tonnen gefaßt.

Manchester, 29. Januar. „Manchester Guardian“ schreibt im Leitartikel: Nach den Verlusten an Schiffen, die England im Dezember erlitten hat, könnten die Verluste im neuen Jahre fünf Millionen Tonnen erreichen. Die gewöhnlich angegebene Gesamttonnage der englischen Handelsflotte sei zwanzig Millionen, aber nur ein Teil davon bestche aus Schiffen, die für den Außenhandel brauchbar sind, und von diesem Teile hat die Admiralität einen sehr hohen Prozentsatz für ihre eigenen Zwecke requiriert. Wenn England in jedem der nächsten zwölf Monate ebenso viel Schiffe verliere, wie im Dezember, so würde es nach einem Jahre die Hälfte der Handelsflotte, die im Außenhandel tätig ist, verloren haben. England müsse in den nächsten zwölf Monaten zweieinhalb Millionen Tonnen neuer Schiffe bauen, wenn das nicht möglich sei, dann befände sich England in Gefahr. Das Parlament müsse sich mit dieser Frage befassen.

Nach den an der Spitze des heutigen Blattes veröffentlichten amtlichen deutschen Ziffern erscheint die Befürchtung des englischen Blattes durchaus nicht übertrieben. — Im übrigen ist daran zu erinnern, daß der Marinefachverständige des „Daily Telegraph“, Archibald Hurd, vor wenigen Tagen die Verluste der englischen Handelsflotte seit Beginn des Krieges bis Ende Dezember 1916 auf 2 947 445 Tonnen bezifferte, was fast genau mit der heutigen amtlichen Meldung übereinstimmt.

Um's Brot!

Die Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Groß-Berliner Brotversorgung sind noch nicht abgeschlossen. Der von der Mehlverteilungsstelle Groß-Berlin eingesetzte Siebenerausschuß hat vorläufig beschlossen: von einer Herabsetzung der Wochengebäcksmenge abzusehen, das in Aussicht genommene Auchenbadverbot für Bäckereien durchzuführen, den Konditoren nur die Herstellung bestimmter Auchenforten zu bestimmten Preisen zu gestatten und ferner für den Brotbezug die Kundenliste einzuführen. Für die technische Durchführung des Einheitsbrotes wurde eine Unterkommission eingesetzt, die dem Siebenerausschuß in einer Sitzung am Donnerstag Bericht zu erstatten hat. Die endgültige Regelung soll dann in der am Freitag stattfindenden Sitzung der Brotlariengemeinschaft getroffen werden. Eine Einigung über die Herstellung des Einheitsbrotes konnte nicht erzielt werden. Mit 5 gegen 5 Stimmen wurde ein Antrag auf Verbeibehaltung der Schrippe abgelehnt, den Antragstellern jedoch anheimgestellt, ihren Antrag in der Vollziehung wieder aufzunehmen.

Die Mängel der jetzigen Mehlverteilung wurden auf eine größere Ausgabe von Brotarten, auf Brotartenabstufungen, nochmalige Verwendung von Brotartenabstufungen, Diebstähle an Karten und Mehl, vorzeitige Lieferung von Vorräten an die Kundenliste, höheres Gewicht der Brotartenabstufungen und auf die Verluste bei der Mehlverteilung durch Schwund, Ausstaubung zurückgeführt. Diese Verluste wurden auf 5 Prozent geschätzt. Der gesamte Verlust beträgt mit dem an Gastwirtschaften, Krankenhäusern und anderen Anstalten gelieferten Mehl insgesamt 8 1/2 Prozent, das macht pro Kopf der Bevölkerung 56 Gramm.

Zur Beseitigung der eingetretenen Schwierigkeiten wurde von Charlottenburg der Vorschlag gemacht, ein besonderes Weizenbrot herzustellen, von Reulöden verlangt, die Schrippen beizubehalten und das Gewicht dieses Gebäcks von 50 auf 45 Gramm festzusetzen. Diese Herabsetzung sei ausreichend, um die Differenz zu decken. Die vierstündigen lebhaften Verhandlungen endeten mit der Annahme des oben erwähnten Beschlusses.

Auch die Fachleute, der Zentralverband der Bäcker Groß-Berlins, haben sich an demselben Abend mit der Frage des Einheitsbrotes beschäftigt. Vertreten waren die Vorstände von 17 Berliner Bäckereien. In seinen einleitenden Ausführungen bemerkte Obermeister Schmidt, daß die in Aussicht gestellte Umwälzung des Bäckergewerbes glatt auf den Kopf stiele und die Pläne des Magistrats auf Einführung des Einheitsbrotes aufgestellt sind, ohne daß man Fachleute gehört habe.

In einer längeren Erklärung brachten die Innungen zunächst prinzipiell ihren ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck. Sollte aber trotzdem das Einheitsbrot eingeführt werden, so müßte das 1800-Gramm-Brot 80 Pfennige kosten. Sollte das Weizengebäck durchaus abgeschafft werden, so würde die Herstellung eines Weizenbrotes von verschiedener Größe zu erwägen sein. Auchenbäden dürfte nur den Brotbetriebern unterzagt werden, dagegen gemischten Betrieben unter Vermeidung von Weizenmehl gestattet werden. Auch die Einführung der Kundenliste wurde als undurchführbar bezeichnet.

Zu diesen Beschlüssen haben nun die für die Mehlverteilung verantwortlichen Kommunalpolitiker und die Fachleute Stellung genommen. Aufgabe der Öffentlichkeit muß es jetzt ebenfalls sein, sich mit dieser Angelegenheit eingehend zu beschäftigen.

Da ist zunächst die Frage des Einheitsbrotes. In der kurzen Zeit, in der jetzt um die Einführung desselben gekämpft wird, sind die Freunde dieser Idee immer weniger zahlreich geworden. Während in der ersten Sitzung des Siebenerausschusses nur eine Stimme gegen die Einführung votierte, waren es Montag schon 5 zu 5, so daß beide Parteien, für oder gegen Einführung, sich heute die Waage halten. Welche Wendung bis zur nächsten Vollziehung eintreten wird, läßt sich natürlich heute noch nicht sagen. Gegen die Einführung des Einheitsbrotes und damit den Wegfall der Schrippe werden Bedenken geltend gemacht, die uns durchaus zutreffend erscheinen. Das wichtigste Moment ist, daß durch das Einheitsbrot eine Verteuerung des Brotes von 64 auf 80 Pf., also eine Erhöhung um 25 Prozent, herbeigeführt werden soll!

Schon diese Tatsache sollte die Berliner Kommunalverwaltungen veranlassen, lieber alle anderen Mittel zu ver-

suchen, als diesen Ausweg zu suchen. Sind doch die Groß-Berliner Gemeinden erst im Oktober zu der Auffassung gelangt, daß der Brotpreis herabgesetzt werden muß, und jetzt nach so kurzer Zeit kommen sie schon wieder dazu, dieses durchaus unerwünschte Bestreben aufzugeben. Sie würden dadurch sehr schnell ihren eigenen Grundbesitz unter den Händen verlieren. Der Wegfall der Schrippe wäre an sich keine Sache, die besondere Aufregung hervorrufen würde, wenn es sich bloß um die Abschaffung eines lieb gewordenen Nahrungsmittels handeln würde.

Aber in der heutigen Zeit, wo der Brotpreis so knapp ist oder so ungenügend verteilt wird, ist es durchaus verständlich, wenn sich die große Menge der Bevölkerung, der es an Brotpreis fehlt, gegen die Abschaffung der Schrippe wendet. Das dritte Moment, das gegen die Einführung des Einheitsbrotes spricht, ist die Qualität des neuen Brotes. Es wird immer wieder von allen Fachleuten darauf hingewiesen, daß das neue Brot durch die Hinzufügung von 40 Proz. Weizen an Haltbarkeit verliert und schnell trocken wird. Im Interesse der arbeitenden Bevölkerung kann daher die Einführung des Einheitsbrotes nicht liegen.

Eine andere Unbequemlichkeit, die mit der Einführung des Einheitsbrotes zur Durchführung gelangen soll, ist die Kundenliste. Ihre Durchführung halten wir im Interesse der arbeitenden Bevölkerung für so bedenklich, daß wir nicht eindringlich genug davor warnen können. Sie würde den Verbraucher zwingen, nur immer an einer Stelle, entweder an seinem Wohnort oder in der Gemeinde, in der seine Arbeitsstätte liegt, sein Brot zu kaufen. Das bedeutet für diejenigen, die weit entfernt von ihrer Wohnung arbeiten müssen, die größten Schwierigkeiten. Für den Verbraucher werden diese Schwierigkeiten aber unüberwindlich, wenn sein Lieferant plötzlich an einem Tage seine Ware ausverkauft hat, oder die Qualität der Ware so ist, daß er sie dort nicht mehr entnehmen möchte. Wenn jemand bei seinem Lieferanten Fleisch, Kartoffeln oder andere Lebensmittel, die auf Kundenlisten abgegeben werden, nicht erhält, so ist die Katastrophe lange nicht so groß, wie beim Brot, das er ja auch nicht für einen Tag entbehren kann. Wir halten daher die Einführung der Kundenliste für Brot für undurchführbar und sind der Auffassung, daß eine andere Verteilungsweise möglich sein muß.

Die neuen Vorschläge zur Brotversorgung bedeuten keine Verbesserung gegenüber dem bestehenden System. Eine bessere Verteilung des Mehles muß durchgeführt werden, das kann aber auf verwaltungstechnischem Wege geschehen und nicht auf Kosten der Bevölkerung. Sollte sich dann weiter die unbedingte Notwendigkeit herausstellen, daß die zugewiesene Brotmenge gekürzt werden muß, so wird die Bevölkerung noch eher eine Herabsetzung des Brot- oder Schrippengewichts in Kauf nehmen, als die neue Regelung wie sie jetzt geplant ist. Denn schließlich bedeutet ja die Einführung des Einheitsbrotes auch eine Herabsetzung der im Brot enthaltenen Mehlmenge, die jedoch durch Wasser ausgeglichen werden soll. Ein mit Wasser „gestrecktes“ Brot ist wohl besser geeignet, den Magen zu füllen und Hungergefühle nicht aufkommen zu lassen, aber ein nahrhaftes, haltbares gut bekömmliches Brot leistet bei geringerer Menge für den Aufbau des menschlichen Organismus wenigstens das gleiche. Die Alternative „Brotkürzung oder —“ besteht in Wirklichkeit gar nicht, denn auch das Einheitsbrot bedeutet in Wirklichkeit eine Brotkürzung, allerdings eine verdeckte. Dieser Tatsache soll man geradeaus ins Gesicht sehen, dann wird man wenigstens auf Verbesserungen verzichten, die in Wirklichkeit keine sind!

Rur selben Angelegenheit meldet noch die „Deutsche Städtekorrespondenz“:

Ueber das Ergebnis der am Montag stattgehabten Beratungen über die künftige Gestaltung der Brotversorgung Groß-Berlins wird noch bekannt, daß tatsächlich mit der Einstellung des Bäckens der allberühmten Berliner „Schrippen“ zu rechnen ist. Der Ausschuss der Brotversorgungsgemeinschaft hat sich davon überzeugt, daß die Herstellung von Kleingebäck unwirtschaftlich ist und zum beträchtlichen Teil an der Katastrophe, die augenblicklich herrscht, beigetragen hat. Dagegen wird voraussichtlich die Herstellung von reinem Weizengebäck nicht ganz aufhören. Der von den Bäckern gemachte Vorschlag, auch das Weizengebäck in größerer Form und größerem Gewicht herzustellen, soll einer näheren Prüfung unterzogen werden. Es würden dann Weizengebäcke von 1 und 2 Pfund Gewicht hergestellt werden.

Die „Humanität“ über Wilsons Botschaft.

In der „Humanität“ vom 29. Januar wird die Botschaft Wilsons in einem Leitartikel von Compère-Morel und in einer Presse-Übersicht von Weillard behandelt. Compère-Morel spricht in leidenschaftlichen Worten seine Friedensliebe aus. Er bekennt sich zu den Grundsätzen Wilsons und fragt, ob auch die Mittelmächte sie anzunehmen bereit sind. Dieser Frage ist aber die Antwort schon vorhergenommen durch die Note der Mittelmächte vom 12. Dezember v. J., in der es hieß, daß die Rechte der eigenen Völker zu denen der fremden Nationen nicht in Widerspruch ständen und durch ihre spätere Note an die Neutralen, in der von einem Frieden der gegenseitigen Achtung und vollkommenen Gleichberechtigung die Rede war. Daran, daß die Entente den Mittelmächten diese Gleichberechtigung nicht zuerkannte, daß sie von einem Frieden ohne Sieg und ohne Demütigung nichts wissen wollte, schloßerte die Friedensaktion. Hätte die Entente das Friedensangebot nicht mit Forderungen beantwortet, die kein Deutscher annehmen kann, und die in schärfstem Gegensatz zu den Grundgedanken Wilsons stehen, so wäre der Friedenswunsch Compère-Morels heute schon erfüllt.

Interessanter als der Artikel Compère-Morels ist die Presse-übersicht Weillards. Die Deutlichkeit der Artikel, die ein Teil der englischen und der französischen Presse der Botschaft Wilsons zuwandte, hat Weillard übertraffen. Er schreibt dazu:

„Enquillita“, „Moralpredigt“, „Utopie“, „Menschheitsstraum“, „Reise ins Blaue“, das sind die ironischen Schmudsworte, die Wilson von gewissen Realisten und Positivisten in den Redaktionsstuben an den Kopf geworfen werden. Man hätte glauben, die Pankees seien eine Schar von Träumern, die in den Wolken leben, da sie nichts Besseres zu tun wußten, als mit einer bedeutend gewachsenen Reife dieser „Theologen“ an der Spitze der Republik zu halten.

In der Stunde, in der ich dieses schreibe, kenne ich noch nicht die Kommentare von jenseits des Rheins. Aber man kann darauf wetten, daß vor allem die alldeutschen Blätter in derselben ironischen Tonart übersehen werden. Diese Rette hat Weillard gewonnen!

Konferenz auf Konferenz!

Rom — London — Petersburg.

Die Entente knüpft eine Konferenz an die andere. Der Konferenz in Rom, die eng mit der Orientaktion zusammenhängt, ist eine Marinekonferenz in London gefolgt, die, wie von London aus verbreitet wird, ebendasselbe Thema verhandelt. Nur England, Frankreich und Italien nahmen daran teil. Es war also eine Sonderkonferenz, die nicht alle Ententeländer — auch nicht die Seestarken — gleichmäßig berührte, was dafür zeugen könnte, daß das verabredete Unternehmen nur einen besonderen Streitkriegsplan, nicht den Krieg auf allen Meeren, betrifft. Ueber die Konferenz und ihre Teilnehmer liegt heute folgender telegraphischer Bericht vor:

London, 29. Januar. In der maritimen Konferenz, die in der Admiralität abgehalten wurde, um die Flottenpolitik der Alliierten im Mittelmeer zu erörtern, haben folgende Delegierte teilgenommen: für England Sir Edward Carson, Admiral Jellicoe, Commodore Hallen, der Vizeadmiral Sir Percy Diller; für Frankreich Marineminister Lacaze, Chef des Admiralstabes de Bon, Konteradmiral Patou, Marineminister de Lestange; für Italien Marineminister Corfi, Konteradmiral Marzolo, Marineminister Villaraj. Außerdem waren der französische Munitionsminister General Dal'Osio, der französische Schiffsfahrtsdirektor de Joly und der italienische Unterstaatssekretär für Transportwesen Ancona anwesend. Die Konferenz wurde durch eine Ansprache des englischen Premierministers eröffnet, der den Delegierten die englischen Vorschläge für ein engeres und wirksameres Zusammenarbeiten der alliierten Flotten im Mittelmeer darlegte.

Die Konferenz in Rom ließ den Sehnachtsjährei nach der Einheitsaktion aus, der durch den ganzen Weltkrieg hindurch, ohne daß er bisher die rechte Befriedigung finden konnte. Die Londoner Konferenz schließt sich also auch in dieser Beziehung an das in Rom Besprochene und Geplante an. Der Konferenzort dürfte bestätigen, was ohnedies anzunehmen ist: daß die Leitung der gemeinsamen Operation England übertragen ist. Mit anderen Worten: Frankreich und Italien liefern ihre Kriegsstotten an England zu freier Verwendung im Mittelmeer aus. Man wird nun auch zur See versuchen, die erdrückende Masse gegen den Feind wirken zu lassen.

Natürlich hat auch das U-Boot-Thema auf der Seekonferenz eine Rolle gespielt. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet:

Basel, 30. Januar. Die italienischen Admirale Corfi und Marzolo sind aus London in Paris eingetroffen. Sie hatten in London der Marinekonferenz beigewohnt. Corfi gab seiner lebhaften Bemerkung über die Ergebnisse dieser Konferenz Ausdruck. Die Aktion zur See werde seitens der Alliierten nunmehr bedeutend intensiver betrieben werden. Die Maßnahmen, die geeignet seien, die Handelsboote gegen die Tauchboote zu schützen, seien in voller Uebereinstimmung gefaßt worden. Der Admiral sagte noch, die Flotten Englands, Frankreichs und Italiens erwarteten mit Vertrauen das entscheidende Zusammentreffen mit dem Feind.

Erwarten sie wirklich eine so blühende blühliche Wirkung von ihrem zunächst doch nur am grünen Tisch vereinbarten nagelneuen Uebereinkommen? Man könnte eher die Vermutung daran knüpfen, daß sie mit den Vorbereitungen noch nicht so weit fertig sind, um ihre höchsten Wünsche befriedigt zu fühlen.

Und an die zweite Konferenz wird sich nun noch eine dritte schließen. Wie die erste in die Hauptstadt desjenigen Landes verlegt wurde, in dem Sonderwünsche sich bedrohlich aufzuwachen schienen, so wird jetzt die dritte in der Hauptstadt des wohl am fürchtbarsten in den Grundfesten erschütterten Bundesstaates der Entente abgehalten: in Petersburg. Das trifft schließlich nicht zufällig zusammen. Folgende Telegramme betreffen diese dritte Konferenz, die ähnlich wie die römische in Eile zusammentritt:

Petersburg, 29. Januar. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Demnächst wird hier eine Konferenz der Alliierten stattfinden. Die Regierungen werden durch ihre Gesandten und durch besondere Abgesandte vertreten sein. Diese Konferenz ist bestimmt, die bisher in den anderen Hauptstädten abgehaltenen fortzusetzen mit dem Zweck, durch Uebereinkommen die kräftigsten Mittel zur Fortsetzung des Krieges festzustellen und die Ausübung aller für die Alliierten verfügbaren Hilfsmittel aufs wirksamste zu regeln.

Amsterdam, 30. Januar. Wie der Petersburger Korrespondent des „Daily Chronicle“ zu melden weiß, werde die Konferenz denselben Charakter tragen wie diejenigen, die bereits in London, Paris und Rom stattgefunden haben. Der Zweck der Besprechungen laufe darauf hinaus, die Bande zwischen den Alliierten noch fester zu knüpfen und weitere Schritte zu erörtern, die notwendig seien, um den endgültigen Sieg zu sichern.

Bern, 30. Januar. „Corriere della Sera“ schreibt zur Petersburger Konferenz, daß dort die Beratungen der Konferenz in Rom zum Abschluß gebracht werden sollen. Durch die direkte Verbindung mit Rußland werde man die organische Einheit der auf politischem Gebiet so schwer herzustellen und für die Erreichung des Endzieles doch so wesentlichen Allianz verwirklichen.

Auch diese Nachrichten haben nicht den Unterton des sicheren Festhaltens in den großen Vorbereitungen auf die verbündeten entscheidenden Ententelaten des Jahres 1917. „Alle verfügbaren Hilfsmittel aufs wirksamste regeln“, die „die Bande noch fester knüpfen“, die organische Einheit der für den Endkrieg so wesentlichen Allianz, die auf politischem Gebiet so schwer herzustellen ist — was steckt hinter diesen Worten, die man nicht brauchen wird, wenn man sich selber Sache bis zum Schlupfwinkel sicher fühlt? Und die Sache brennt offenbar auf den Nägeln: die Teilnehmer der Konferenz sammeln sich schon an der Rewa:

Petersburg, 29. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Zur Teilnahme an der hier stattfindenden Konferenz der Alliierten sind eingetroffen von Seiten Frankreichs Doumergue, Minister für die Kolonien, und General de Castelnau; von Seiten Englands Lord Milner, Minister ohne Portefeuille, Lord Revelstoke, bevollmächtigter Minister, und General Sir Wilson; von Seiten Italiens Minister Scialoja und General Graf Reggeri Zaderchi.

Dieses Aufgebot von Kräften ist erlesen genug. Doumergue! Castelnau! Vor ein paar Tagen hieß es sogar, Lloyd George selber werde nach Petersburg reisen. Das war nur eine Ente. Dafür aber wurde ein anderer Minister, der dem engeren Kriegsrat des englischen Kabinetts angehört, Lord Milner, ausgeschiedt und mit ihm der General Hughes Wilson, der vor dem Krieg vier Jahre lang die Kriegs-

abteilung im britischen Generalstabe leitete, und dann der Lord Revelstoke, der zwar nicht Minister, aber Direktor der Bank von England ist und der bei einer Rufnahmefahrt für die „wirksamste Regelung der Ausnützung aller für die Entente verfügbaren Hilfsmittel“ von besonderer Bedeutung sein dürfte.

Schon einmal fand in Petersburg eine mit dem Weltkrieg aufs engste zusammenhängende große Konferenz von Sendlingen der Entente statt, unmittelbar vor Kriegsausbruch: jener berühmte Besuch Poincarés und Vivianis beim Zaren. Das Oberhaupt der französischen Republik und sein Ministerpräsident gerieten damals in eine Stadt, in der die Massen revolutionär erregt die Straßen füllten. Der Zarismus fühlte sich nicht vor der Revolution und hieß den Krieg als Retter und Befreier seiner Macht willkommen. Jetzt ist er nicht weniger weit wie damals. Die Erinnerung an 1905 wurde in der Duma unter Stürmen aufgeführt. Es scheint sehr möglich, daß die heutigen Sendboten der Entente in der Zarenhauptstadt ähnliches erleben wie im Juli 1914 die beiden französischen Staatslenker, und vielleicht ist es diesmal schwerer als damals, das wahre Gesicht Rußlands den Augen der Verbündeten zu entziehen.

Aber derartige Bemühungen wird man sich heute sparen können. Seine Bundesgenossen wissen, wie es um Rußland bestellt ist. Es ist nicht bloß eine Bosheit, zu sagen: Deshalb konferieren sie ja in Petersburg. Nach Lage der russischen Dinge scheint es logisch, über diese Konferenz auch mit der Frage nachzudenken, inwiefern sie als Rettungsaktion der Sache der Entente in Betracht kommen könnte.

Der polnische Staatsrat an Wilson.

Warschau, 30. Januar. Der provisorische Staatsrat hat in seiner letzten Sitzung aus Anlaß der Friedensnote Wilsons folgendes Telegramm an Wilson geschickt:

Der provisorische Staatsrat des Königreichs Polen, bezugnehmend auf den Grund des Aktes vom 5. November 1918, mit dem die Monarchen Deutschlands und Österreich-Ungarns feierlich die Erhebung des polnischen Staates verkündet haben, berufen worden ist, hat Ihre Hoheit, verehrter Herr Präsident, mit Freude zur Kenntnis genommen. Es ist in diesem Kriege das erste Mal, daß das Haupt eines mächtigen neutralen Staates und gleichzeitig der oberste Vertreter einer großen Nation amtlich erklärt hat, daß nach seiner Ueberzeugung die Unabhängigkeit des polnischen Staates die einzige gerechte Lösung der polnischen Frage und die unumgängliche Bedingung eines dauernden und gerechten Friedens sei. Für dieses Auge und edle Verständnis der Rechte des polnischen Volkes bringt Ihnen, verehrter Herr Präsident, der provisorische Staatsrat als erster Anknüpfung der Regierung des erstehenden Staates, im eigenen Namen und im Namen der polnischen Nation seine tiefste Dankbarkeit und Huldigung zum Ausdruck.

Die Demütigung der griechischen Armee.

Athen, 29. Januar. (Neuermeldung.) Die Zeremonie des Saluts für die Fahnen der Alliierten vollzog sich um 1/4 Uhr nachmittags im Jappeion nach dem vorher festgesetzten Programm in Gegenwart der Gesandten der Alliierten, des griechischen Kabinetts und des Kommandanten des ersten griechischen Korps. Es kamen keine Zwischenfälle vor. Der Zugang zum Jappeion war verboten.

Der Prozeß gegen Manuilow.

Kopenhagen, 30. Januar. (Köln. Ztg.) Einer Meldung aus Petersburg zufolge wird der Prozeß gegen den Günstling Stürmers, Manuilow, dessen wäßliche Einstellung vor einigen Wochen großes Aufsehen erregt hat, nun wieder aufgenommen werden. Rodjanko überreichte am 24. Januar Mijukow's Anklageschrift in dem Prozeß, den Stürmer gegen Mijukow wegen dessen vielbesprochener Rede in der Reichsduma einleitete.

Der Krieg auf den Meeren.

Auf Nordseewegen versenkt und gesunken.

Kopenhagen, 29. Januar. Gegenüber einer Lohndmeldung, daß der dänische Dampfer „D. S. Suhr“ (1000 Tonnen) von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden sei, erklärt „Rationaltidende“: Es besteht kein Grund zur Annahme, daß der Dampfer versenkt worden ist. Vielmehr ist es wahrscheinlich, daß der Dampfer in Folge Aufstoßens auf eine Mine gesunken ist.

Das Schiff befand sich mit Schiffsgästen auf der Reise von England nach Danemark, es bestand daher für das Unterseeboot kein Grund, das Schiff zu versenken. Außerdem erfolgte der Untergang des Dampfers in der Nordsee, angeblich unweit von Revalskle. Auch das macht es wahrscheinlich, daß der Dampfer auf eine Mine gestoßen ist. Die Besatzung wurde von dem dänischen Dampfer „Jacobien“ gerettet, der sich auf dem Wege nach Kopenhagen befindet.

Mit dem dänischen Dampfer „Gyreg“ traf gestern hier die aus 15 Mann bestehende Besatzung des norwegischen Dampfers „Decor“ ein, der, wie der Kapitän berichtet, am Freitagmorgen im Skagerrak, mit einer Holzladung auf der Reise von Norwegen nach England, von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden war.

Da stürmisches Wetter herrschte, war das Unterseeboot bei den Booten geblieben, in denen sich die Besatzung befand. Ein Dampfer, der sich näherte, war von dem Unterseeboot zum Anhalten aufgefordert worden, hatte aber plötzlich seine Richtung geändert und war vor dem Unterseeboot gestoppt. Gegen Mittag war die Besatzung von dem dänischen Schoner „Fuglen“ aufgenommen worden, der sie einige Stunden später an den Dampfer „Gyreg“ abgegeben hatte. Bei Skagen war der Dampfer ins Eis geraten und hatte dort zwanzig Stunden festgefahren.

Ferner trafen gestern hier mit dem dänischen Dampfer „La Cour“ die Besatzungen der dänischen Dampfer „Dust“ und „Norma“ ein, die am 19. d. Mis. von einem Unterseeboot versenkt worden waren, sowie von dem dänischen Dampfer „Dagmar“, der am 18. Januar an der englischen Küste auf eine Mine gestoßen und untergegangen war.

Wardal, 29. Januar. Die Kopenhagener Schonerbrigg „Bega“, die mit einer Ladung Kohle von England nach Frankreich unterwegs war, ist am 24. Januar von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Die Mannschaft ist in Nordhain in Frankreich eingetroffen.

Neue Minenzone in der Nordsee.

Stockholm, 30. Januar. Auch das schwedische Ministerium des Äußeren erhielt die amtliche englische Mitteilung über die Auslegung eines Minenfeldes in der Nordsee. Die Blätter weisen darauf hin, daß die gewöhnliche Route des Seeverkehrs von Schweden und Danemark nach England außer dem Atlantischen Ozean von den Minen unberührt bleibt, die ausschließlich zu

Es wäre zu wünschen, das Auslaufen der deutschen Seestreitkräfte zu verhindern.

Nach einem Telegramm aus Kopenhagen an die Eschwege Telegraf Co. erfährt die in Kristiania erscheinende Zeitung „Dagbladet“, daß die neuen Maßregeln für den Handel von Skandinavien nach Rotterdam, der dadurch außerordentlich wertvoll wird, von größter Bedeutung sein werden.

Die „Möve“.

Kristiania, 30. Januar. Nach einer Meldung von „Fosstadsidenten“ aus Bergen hat der in Bergen behelmte Dampfer „Helligberg“ New York mit einer Ladung Strohgut nach Bordeaux verlassen. Seitdem wurde nichts mehr von ihm gehört. Nunmehr meldet der Kapitän aus Baudrup, daß der Dampfer am 4. Dezember bei 26 Grad westlicher Länge versenkt und die Mannschaft gerettet worden sei. Das Blatt meint, es sei nicht unwahrscheinlich, daß der Dampfer während der letzten deutschen Kreuzerfahrt im Atlantischen Ozean versenkt worden sei und daß es die Mannschaft dieses norwegischen Schiffes sei, die zusammen mit anderen Seeleuten auf dem von den Deutschen gekapernten Dampfer „Jarrowdale“ am 31. Dezember in Swinemünde eintraf.

Englisch-französischer Postraub.

Seit Dezember 1915 wendet England den Postraub als Kampfmittel gegen den deutschen Handel planmäßig an. Vorher richtete sich das Vorgehen der englischen und französischen Seebehörden in erster Linie nur gegen den überseeischen Paketverkehr. Vom Dezember 1915 bis September 1916 sind, wie schon früher bemerkt wurde, im Verkehr aus Deutschland 24 200 Briefposten, im Verkehr nach Deutschland 16 820 Briefposten beschlagnahmt worden, insgesamt also 41 020 Briefposten. Seit Anfang September 1916 sind, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, von den britischen oder französischen Seebehörden an Briefposten (Briefsäcken) des deutsch-überseeischen Postverkehrs auf neutralen Dampfern beschlagnahmt worden: im Verkehr aus Deutschland 6888, im Verkehr nach Deutschland 5611 Briefposten, zusammen 12 499 Briefposten. Insgesamt also haben Engländer und Franzosen seit Dezember 1915 auf neutralen Schiffen 30 589 Briefsäcke, von Deutschland nach neutralen Ländern bestimmt, und 22 431 Briefsäcke, von neutralen Ländern nach Deutschland bestimmt, zusammen 53 020 deutsche Briefposten geraubt.

Die Kämpfe an der Tigrisfront.

Konstantinopel, 29. Januar. Amtlicher Bericht. An der Tigrisfront wurde ein feindlicher Angriff am 27. Januar von Anfang an in Schach gehalten; in der Nacht zum 28. blieb ein feindlicher Feuerüberfall wirkungslos.

An den Dardanellen hat der Biegenerleutnant Weinede am 27. Januar in einem Gefecht gegen 6 feindliche Flugzeuge einen Jweidecker des Gegners zur Landung gezwungen; dies Flugzeug wurde erbeutet.

An den anderen Fronten kein Vorgang von Bedeutung.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber. Englischer Seeresbericht aus Mesopotamien vom 29. Januar. Infolge weiterer Fortschritte in der Nacht vom 27. zum 28. und am 28. sind wir jetzt im vollen Besitz der türkischen ersten und zweiten Linie südlich von Su-ei Amara auf dem rechten Tigrisufer auf einer Front von 4000 Yards. Auch die dritte und vierte feindliche Linie halten wir auf einer Front von 600 Yards besetzt. 850 gefesselte Türken wurden aufgefesselt und weitere liegen auf dem Schlachtfeld, deren Zahl erst festgestellt werden muß. Die Zahl der Gefangenen ist auf 127 gestiegen.

Die englische Arbeiterpartei gegen die farbigen Arbeiter.

Gegen den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.

London, 27. Januar. Die Konferenz der Arbeiterpartei in Manchester nahm einstimmig eine Resolution gegen die Einstellung von farbigen Arbeitern in England an. Ferner wurde eine von Snowden beantragte Resolution angenommen, worin sich die Konferenz der Erklärung der französischen Sozialisten gegen einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege anschließt und im Gegensatz zu den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz allgemein freie Handelspolitik verlangt.

Burby wurde zum Vorsitzenden der Arbeiterpartei gewählt, Arthur Henderson zum Sekretär und Ramsay MacDonald zum Schatzmeister.

Kleine Kriegsnachrichten.

Fortschritte der Internationalität.

Trotz des Krieges, der die wirtschaftlichen Beziehungen der Welt erschüttert und zerrissen hat, gibt es Zeichen, die ein engeres einheitliches Zusammenleben des wirtschaftlichen Kulturlebens bedeuten. Jahrhundertlang durchgeführter Widerstand wird aufgegeben. So meldet jetzt die Agentur Wila, daß die türkische Kammer auf Vorschlag der osmanischen Regierung der Einführung des Gregorianischen Kalenders zugestimmt hat, und nach einer Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur ist in Rußland am 14. Januar das neue Gesetz über die Organisation der Wahl- und Gewichtskontrolle in Kraft getreten, was einen neuen Schritt zur organisatorischen Einführung des metrischen Systems in Rußland bedeutet. Der Verkehrsminister hat dieses System bereits in den meisten ihm unterstellten Instituten eingeführt.

Lord Cromer, der dreißig Jahre lang die englische Verwaltung in Ägypten leitete und die Umwandlung des Nillandes in eine dem englischen Kapital ausgelieferte Provinz erfolgreich beforderte, ist 76 Jahre alt in London gestorben. Er stammte aus der Londoner Bankiersfamilie Baring, war eine Hauptstütze des englischen Imperialismus und des Kriegswillens gegen Deutschland.

Die Entnationalisierung von Ausländern. „Daily Mail“ schreibt noch über die Entnationalisierung von Ausländern, daß man sich dabei nicht auf naturalisierte Deutsche und Österreicher beschränken wolle, sondern daß man auch die Niederländer, Belgier und Skandinavier der britischen Nationalität entziehen wolle. Schwieriger würde es mit denjenigen Nationen ausländischer Abstammung sein, die durch Geburt in England oder auf einem englischen Schiff britische Untertanen seien.

Politische Uebersicht.

Erweiterung und Erweiterung.

Auf der Generalversammlung des konservativen Bundesvereins für Sachsen hielt Graf Westarp das Referat und hielt in diesem nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Kriegsziele auf: „Im Osten Erweiterung der landwirtschaftlichen Basis mit Siedlungsmöglichkeit, im Westen gleichfalls Erweiterung der

Grenzen und Sicherung gegen unsere dortigen Feinde; besonders mühten wir auch die Hand auf die flandrische Küste legen.“

Nur auf einem Gebiet wünscht Graf Westarp keine Erweiterung: das ist das preussische Wahlrecht. Immerhin wird der Umstand, daß er die preussische Wahlrechtsfrage vor den sächsischen Konservativen erörterte, dahin ausgelegt werden müssen, daß auch die Konservativen die Wahlrechtsfrage nicht mehr als eine rein preussische Angelegenheit ansehen, sondern als eine auch die übrigen Bundesstaaten berührendes Problem, dessen Lösung daher auch auf dem Reichswege denkbar ist.

Der zweite Referent, Landrat a. D. Rötger, bezeichnet die „Galtung der Reichsleitung gegenüber der Sozialdemokratie“ als eine „ungeheure Gefahr“ und propagiert im übrigen den Kampf gegen die Sozialdemokratie nach dem Kriege in allgeringem Maße. Die bei solchen Gelegenheiten unumgängliche Anrede des Reichspräsidenten hatte schon vor ihm Graf Westarp besorgt. Eine Debatte fand nicht statt, ebensowenig wurden nach außen hin interessierende Beschlüsse gefaßt.

Hilfsdienstpflichtiger Großgrundbesitz.

„Hilfsdienst. Lehngut in Westpreußen, circa 900 Morgen usw., bel 125 000 R. Anzahlung zu verlaufen.“ So lautet ein Inserat in der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 50 vom 28. Januar. Welch herrliche Gelegenheit für reichgewordene Kriegslieferanten, ihren bisherigen Verdiensten um Vaterland noch einige weitere hinzuzufügen! Denn das Inserat befragt doch nichts anderes als: Werde Gutsbesitzer, dann kannst du dich der in der Stadt drohenden Hilfsdienstpflicht entziehen! Mit dem Besitz, nicht mit der Arbeit ist die Wehrung der landwirtschaftlichen Produktion verbunden. Auf jeden Fall wird der Betreffende auch noch glücklicher Selbstversorger und den Räten der Nationierung entzogen. O, welche Lust, „Hilfsdienstpflichtiger“ Gutsbesitzer zu sein!

Keine Aufhebung der Einfuhrzentralisierung.

Die Bundesratsverordnung vom 18. Januar 1917, welche die Einfuhr aller Waren über die Grenze des Deutschen Reiches nur mit Bewilligung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung gestattet, darf, wie mitgeteilt wird, nicht so ausgelegt werden, daß die verschiedenen Bundesratsverordnungen, welche die Einfuhr zentralisierter Waren betreffen, aufgehoben sind, daß die freie Einfuhr solcher Waren nunmehr wieder dem freien Handel offen steht und daß es nur im Einzelfalle der Einfuhrbewilligung des Reichskommissars bedürfe. Die Einfuhr von zentralisierten Waren (z. B. Zucker, Kakao, Schokolade, Dauermilch, Butter, Käse, Eier, Vieh, Fleisch und Fleischwaren, Schmalz, Öle, Fett, Margarine, frische und zubereitete Fische) ist nach wie vor den in der betreffenden Verordnung bezeichneten Stellen zu melden und die eingeführten Mengen an diese Stellen abzuliefern. Eingaben an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen betreffend die Erlaubnis zur freien Einfuhr zentralisierter Waren sind daher zwecklos.

Die Reichstagswahlwahl in Spandau-Osthavelland.

Der Termin der Reichstagswahlwahl im Wahlkreise Spandau-Potsdam-Osthavelland für Dienstag, den 13. März d. J. festgelegt worden. In einer kürzlich im Abgeordnetenhause abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung der konservativen Partei des Wahlkreises sei dieser Termin bereits als feststehend bezeichnet worden.

Wessen das deutsche Volk bedarf.

Das Verdienst, endlich herausgefunden zu haben, was dem deutschen Volk in diesem Kriege nützt, gebührt dem Verband gegen Ueberhebung des Judentums e. V. Wie aus einem Brief des Vorsitzenden dieses Verbandes, Müller von Jouven, den das „V. L.“ im Wortlaut veröffentlicht, herbeigeht, plant der Verband die Errichtung von böhmisch einwandfreien Gasthäusern. Es heißt in dem Schreiben:

Verschiedene böhmische Verbände haben eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von zunächst 10 000 R. begründet, um in den großen Städten Deutschlands ein oder mehrere Gasthäuser zu errichten. Deutsche Familien müssen jetzt auf Reisen mit Gasthöfen oder arabischen Gaststätten vorlieb nehmen, in denen sie, abgesehen von störenden Einrichtungen, mit Leuten zusammenkommen, deren Nähe ihnen unangenehm sein muß. Unsere Gasthäuser sollen nur deutschgeborene gute Familien aufnehmen, die dort preiswürdige Unterkunft und ein behagliches Heim finden. Das erste Gasthaus mit sechzig Betten wird bereits in einigen Wochen in Berlin eröffnet werden. Wir wollen damit auch einen Weinbetrieb verbinden, und mit einem leistungsfähigen Weinhaus in Verbindung treten, das seine Weine in Kommission gibt.

Vermutlich werden die Mitglieder des Verbandes in den Gasthäusern die Portierstellen übernehmen und mit scharfem Auge darüber wachen, daß keine Person verdächtigen Aussehens in die gebilligte Stätte eindringt. Man könnte es den Herren auch nicht übelnehmen, wenn sie diese Stellenungen den Schützengräben vorziehen, denn dort würden sie ja unweigerlich mit Leuten zusammenkommen, deren Nähe ihnen unangenehm sein muß. Und wer kann das verlangen!

Neumanns Totenklage.

Wie Meister Anton am Schluß von Hebbels Maria Magdalena, so steht die Untermerkwürdige Fritz Stephan Neumann rasselnd in der politischen Atmosphäre des Weltkrieges und stöhnt mit jenem: „Ich verstehe die Welt nicht mehr.“ Früher, vor dem Kriege, war alles ganz einfach: Man schimpfte auf die Sozialdemokratie, schalt sie vaterlandslos, sagte ihr das Schlimmste nach und war auf diese Weise ein geachteter Mann, dem Anerkennung und Ehrung reichlich zuteil wurde. Jetzt sind traurige Zeiten. Man mag in noch so hohen Tönen die antinationale Sozialdemokratie verfluchen, es findet sich kein Echo mehr, dieneil die mit Blindheit geschlagene Menschheit nicht einsehen will, wieso eine Partei antinational ist, deren Mitglieder zu Hunderttausenden das Vaterland mit ihrem Blut verteidigen. — Und nun gar erst die gelbes Gewerkschaften! Vor dem Kriege, da wurden die paar Heberläufer der Arbeiterklasse mit Juchzen gepöppelt. Jetzt leuchtet ihnen keine Sonne mehr, selbst in Regierungskreisen nimmt man sie als das, was sie sind, und erklärt, sie in Ausschüssen nicht brauchen zu können, die eine Vertretung der Arbeiterschaft und nicht der Unternehmer darstellen sollen. Fritz Stephan Neumann versteht die Welt nicht mehr! Er stimmt die Trouserhose und hebt in seiner Korrespondenz einen Schmonzengsang an über das „Nüchternheit der nationalen Arbeiter“. Gang recht, Herr Neumann, die brauchen in den Schützengräben wegen und ihr Blut fürs Vaterland verspritzen, das hat noch Ihrer Auffassung wohl die antinationalen Arbeiter! — Aber Fritz Stephan Neumann lebt noch ganz und gar im Schatzwörterbegriffsinne von Anno domini, er arbeitet weiter mit den Schlagworten von national und antinational, er hat u. a. die Stimm, den „Strafgesetzbuch“, die dem Staat eben jetzt bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes eine unentbehrliche Stütze sind, vorzuwerfen, daß sie den Haß gegen den Staat predigen. Man

zorn's hat im Grunde nicht übelnehmen: Es war bied sein Beruf vor dem Kriege, und er hat seinen anderen gelernt...

Bundesrat. In der gestrigen Bundesratsitzung gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung über die Vornahme kleiner Viehzählungen, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst und der Entwurf einer Bekanntmachung über die weitere Bearbeitung der Volkszählung vom 1. Dezember 1916.

Die eingeschränkte Bändlertagung. Die General-Versammlung des Bundes der Landwirte findet in diesem Jahre am Mittwoch, den 21. Februar, in Berlin statt. Tagungsort ist nicht, wie gewöhnlich der Circus Suisa, sondern der große Saal der Philharmonie. Wie der Vorstand mitteilt, ist mit Rücksicht auf die allgemeinen Verkehrsverhältnisse und die Verpflegungsschwierigkeiten in Berlin die Teilnehmerzahl nur beschränkt. Damen dürfen an der General-Versammlung nicht teilnehmen. — Es ist eigentlich bedauerlich, daß infolge dessen nur eine kleine Anzahl Landwirte die Berliner Ernährungsverhältnisse am eigenen Leibe kennen lernen, und, wie wir fürchten, auch diese nur unvollkommen.

Letzte Nachrichten.

Rißbrauch feindlicher Lazarettschiffe.

Deutsche Gegenmaßnahmen.

Berlin, 31. Januar. Am 29. d. M. wurde der amerikanische und der spanische Postschiff zur Übermittlung an die britische und die französische Regierung eine Denkschrift der deutschen Regierung über den Rißbrauch feindlicher Lazarettschiffe übergeben, in der es heißt:

„Seit geraumer Zeit haben die feindlichen Regierungen, insbesondere die britische, ihre Lazarettschiffe nicht nur zu Zwecken der Hilfeleistung für Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige, sondern auch zu militärischen Zwecken benutzt und dadurch das Gange Abkommen über die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg verletzt.“

Diese Behauptung wird im weiteren eingehend bewiesen. II. a. heißt es:

„Englische Soldaten haben eine solche Benutzung der Lazarettschiffe offen zugegeben. Ein französischer Sergeant hat einem deutschen Offizier erzählt, er habe genau beobachtet, wie Munition nach in diesen Autos im Hafen von Barthele in das Lazarettschiff „La France“ hineingeschleppt worden sei. Englische Matrosen haben nach der eidesstattlichen Erklärung eines glaubwürdigen Neutralen erzählt, daß von englischer Seite die Munitionsüberführung nach Frankreich vielfach mit Lazarettschiffen besorgt wurde. Endlich liegen eibliche Aufnahmen von Augenzeugen vor, die zeigen waren, wie Munition an Bord von Hospitalsschiffen übergeladen wurde.“

Diese Verichte bilden nur einen Teil des vorliegenden Materials. Die Rolle kommt zu dem Schluß:

„Die Deutsche Regierung wäre dem Vertragsbruch der Feinde gegenüber berechtigt, sich auch ihrerseits von dem Abkommen in seinem vollen Umfange loszusagen; doch will sie davon absehen und der Menschlichkeit nach Abstand nehmen. Andererseits kann sie nicht länger zulassen, daß die Britische Regierung ihre Truppen- und Munitionstransporte nach dem Hauptkriegsgebiet unter dem heuchlerischen Deckmantel des Roten Kreuzes ungehindert befördert; sie erklärt daher, daß sie von nun an kein feindliches Lazarettschiff in dem Kriegsgebiet dulden wird, das zwischen den Linien Flamborough Head und Terstelling einerseits, Quessant und Landbank andererseits liegt. Sollten in diesem Kriegsgebiet nach einer angemessenen Zeit noch feindliche Lazarettschiffe angetroffen werden, so würden sie als kriegsführende angesehen und ohne weiteres angegriffen werden. Die Deutsche Regierung glaubt zu dieser Maßnahme um so eher schreiten zu können, als den feindlichen Lazarettschiffen der Weg vom westlichen und südlichen Frankreich nach dem Westen Englands frei bleibt und daher der Transport verwundeter Engländer in ihre Heimat nach wie vor ungehindert erfolgen kann.“

Die Nützlichkeit der in der Denkschrift angeführten Tatsachen wird durch eine große Zahl beigefügter Berichte und Zeugenaussagen erwiesen.

Zwangsentladung von Massengütern.

Folgende Bekanntmachung geht aus:

Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimmte ich hiermit:

Auf folgenden Bahnhöfen (einschließlich der Freilade- und An- (Schulhalte)

Überdog, Rudentwalde, Trebbin (Kr. Teltow), Altes Lager, Bünedorf (Kr. Teltow), Dabrlugl-Sträßchen, Finsterwalde, Cottbus, Forst, Teuplich, Halbe, Lübben, Lübbenau, Beishau, Spremberg, Weiswasser, Peth, Senftenberg, Beesdow

tritt für den Umfringer von Massengütern, vornehmlich Kohlen, Brekettis, Holz, Baumaterialien aller Art, Eisen aller Art, insbesondere Eisennägel und Granatnrohlinge, bei Ueberführung der eisenbahnseitig festgesetzten Entladefrist sofort die Zwangsentladung und Zwangszuführung ohne weitere Androhung ein.

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1917 in Kraft.

Der Oberbefehlshaber.

gez. v. Kessel, Generaloberst.

Um Höhe 304.

Berlin, 30. Januar. Auch am gestrigen Tage erneuerten die Franzosen vergeblich ihre Wiedereroberungsversuche der verlassenen Gräben auf Höhe 304, die den Talkeßel von Gnesen und die dort befindlichen wichtigen Zugangsstraßen beherrsicht. Nach lebhafter Feuerartigkeit während des Tages wurden um 5 Uhr die Vorbereitungen zu einem französischen Angriff erkannt. Festes deutsches Artilleriefeuer hielt den Angriff nieder. Um 7 Uhr unternahm die Franzosen einen Vorstoß, der überlegen und leicht zurückgewiesen wurde. Ein 7 Uhr 45 Minuten erneut vorgelegter Angriff erlitt dasselbe Schicksal. Die Nacht verlief ruhig.

An der russischen Front beeindruckt empfindliche Räte, an einzelnen Abschnitten bis zu 20 Grad, die Kampftätigkeit. Auch in Rumänien herrscht neben heftigem Schneetreiben seit einigen Tagen empfindliche Kälte.

Der Pariser Kohlenmangel.

Bern, 30. Januar. Laut Yvoner Blättermeldungen sind alle Kanäle in der Umgebung von Paris zugefroren. Der Schiffsverkehr und die Kohlenzufuhr auf der Seine sind eingestellt. Die Pariser Schmiede drohen wegen Kohlenmangels damit, ihre Werkstätten zu schließen.

Streiks in Frankreich.

Bern, 30. Januar. „Matin“ meldet, daß in Frankreich unter der Arbeiterschaft Streikbewegungen im Gange sind, in Montauban sind die Guimocher, in Nîmes die Handschuhmacherinnen im Ausstand, ebenso mühten die für Heereslieferungen beschäftigten Gummiwerkstätten in Brive schließen.

Amerika und die Bewaffung der Handelschiffe.

London, 30. Januar. Reutersmeldung. Die New Yorker Zeitung „Evening Sun“ meldet aus Washington, das Staatsdepartement denke daran, neue Bestimmungen für die Hafenoffiziere zu erlassen, durch die es den Handelschiffen der Kriegführenden gestattet werden soll, wegen des Charakters der Kampfoperationen der deutschen U-Boote schwerere Geschütze, und zwar sowohl am Vorder- als am Hinterschiff zu führen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausgleich für die Metallbetriebe Groß-Berlin.

Der Werkzeugmacher P., der als Schlosser einer Eisenbahnwerkstatt zugewiesen ist, wünscht seinen Abfertigung, weil ihm der Lohn von 67 Pfennig inklusive aller Zulagen zu gering ist. Der Vertreter des Betriebes erklärte, daß die Werkstatt auf Grund der Sehnordnung nicht mehr zahlen könne. Da P. aber bei einem Verdienst von 67 Pfennig pro Stunde viel zu gering bezahlt wird, wird ihm ein Abfertigung erteilt.

Son der Firma Gebr. S. erscheint der bis jetzt als Hilfsarbeiter beschäftigte Zimmerer J. und will einen Kriegsausgleich wegen zu wenig Lohn. Da J. als Zimmerer beschäftigt werden soll, steht ihm nach Ansicht des Kriegsausgleichs ein höherer Verdienst zu, und zwar 1,45 M. pro Stunde. Die Firma sagt zu, dies zu zahlen. Da J. aber auch erklärt, wegen Krankheit die Arbeit nicht leisten zu können, wird ihm aufgegeben, hierüber ein ärztliches Attest beizubringen.

Vom Flugzeugbetrieb in G. verlangen eine Anzahl Kleinrentner Abfertigung, weil sie als in Berlin wohnhaft mit dem Verdienst, den sie in G. erhalten, nicht auskommen können. Sie müssen außerordentlich viel Fahrgehalt ausgeben, und wenn sie in G. wohnen, hätten sie zwei Haushalte zu führen, was noch teurer wird. Es wird verabredet, daß bei der Firma in G. ein Tarifvertrag besteht, die Angelegenheit für den Gesamtbetrieb zu regeln, wobei dann die Verhältnisse für alle, die unter den angeführten Schwierigkeiten arbeiten, berücksichtigt werden sollen.

Drei Werkzeugmacher der Firma D. in Weihensee verlangten den Kriegsausgleich, weil ihre Forderung auf Erhöhung ihres Lohnes von 1,75 auf 2,25 M. abgelehnt worden ist. Es handelt sich in diesem Fall um überaus tüchtige Arbeiter, die in anderen Betrieben einen höheren Lohn jetzt schon beziehen. Die Firma erklärte sich bereit, den drei Arbeitern sofort eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde zu geben, nach 14 Tagen weitere 10 Pf. und nach 4 Wochen nochmals 5 Pf., so daß in 4 Wochen der Stundenlohn 2 M. beträgt. Sollte auf dieser Grundlage eine Verständigung im Betrieb nicht erfolgen, erhalten die Arbeiter den Kriegsausgleich.

Der Revolverdreher R. der Firma C. u. G. in Treptow verlangt seinen Kriegsausgleich, weil sein bisheriger Verdienst durch Verlegung an eine andere Maschine geringer geworden ist. Es wird vereinbart, daß R. für die Dauer einer Woche einen bestimmten Garantielohn von 1,80 M. pro Stunde erhält.

Der Mundschleifer J. von der Firma S. in Wildau klagt über geringen Verdienst, der bei 6-stündiger Arbeitszeit nur 85 bis 97 M. beträgt. Die Firma erklärt sich bereit, für die Zeit des Erlernens an der Maschine dem Arbeiter hohes Gehalt zu bezahlen, und zwar auf die Dauer von sechs Wochen, daß er für jede Stunde 1 M. verdient.

Die Dreher und Schlosser der Firma A. in Reinickendorf haben den Kriegsausgleich nach § 18 des Hilfsdienstgesetzes als Schlichtungsstelle angewandt. Die Arbeiter, die bisher einen Verdienst von 2 M. pro Stunde hatten, haben Forderungen gestellt auf Erhöhung ihres Verdienstes um 15 Proz. Die Firma hat jedoch nur 5 Pf. pro Stunde bewilligt. Damit waren die Arbeiter nicht einverstanden und haben deshalb den Kriegsausgleich als Schlichtungsstelle angerufen. Nach eingehender Verhandlung und insbesondere nach erfolgter Feststellung, daß es sich in diesem Fall um außerordentlich tüchtige Arbeiter handelt, die auch in anderen Betrieben, wenn sie dort arbeiten würden, einen höheren Verdienst erzielen könnten, wird die fristige Frage zur erneuten Verhandlung an den Betrieb zurückverwiesen. Insbesondere soll geprüft werden, ob, wie die Firma behauptet, die Alfordpreise so gestellt sind, daß die Arbeiter ohne weitere Zuschläge der Firma mehr verdienen können.

Die Brauerei- und Mälzearbeiter bielten am Sonntag ihre Generalversammlung ab, in der der Hodap den Bericht vom Geschäftsjahr 1916 gab. Er besprach besonders die Bewegung für die Feuerungszulage. Eine neue Erhöhung der Feuerungszulage und zwar um insbesonders 2,50 Mark hat der Verein der Brauereien im Januar gewährt. Die Erhöhung tritt mit der am 28. Januar beginnenden Lohnwoche in Kraft und wird zum ersten Male am 2. Februar ausbezahlt. Etwasige Ertragszulagen, die neben den generellen Zulagen hier oder da bestehen, werden eingerechnet. Ertragszulagen, die keine Feuerungszulagen sind, fallen aber nach der

Meinung der Verbandsleitung nicht unter die einzurechnenden Ertragszulagen. In den Fällen, in denen der Versuch gemacht werden sollte, solche besonderen Zulagen, die außerhalb der Grenzen von Feuerungszulagen liegen, in Übung zu bringen, haben sich die Kollegen unverzüglich an die Ortsverwaltung zu wenden. Ferner hat der Verein der Brauereien die volle Feuerungszulage auch für Krankheitsfälle, soweit gemäß § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Lohn fortgezahlt wird, und für Urlaubsfälle zugesagt. Für die Frauen in Brauereien wurde die Feuerungszulage auf 4 M. erhöht. Durch Verhandlungen mit einem Vertreter der Brauereibetriebe wurde festgestellt, daß das Abkommen über die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer nach Kriegsende auch auf diejenigen Kollegen Anwendung finde, die eventuell auf Grund des Hilfsdienstgesetzes aus den Brauereien herausgenommen werden; sie können auf spätere Wiedereinstellung rechnen. Wer aber freiwillig aus der Brauerei abgeht, um sich dem Zivildienst zu widmen, falle nicht unter das Abkommen. — Mit Beifall aufgenommen wurde die Mitteilung, daß die Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen für ihre gesamten Arbeiter auch für die in der Niederlage Stralau die Feuerungszulage insgesamt auf 20 Mark wöchentlich festgesetzt hat.

Durch einen Austausch ist der Versuch gemacht worden, den Kollegen in den Brauereien etwas mit Rohungsmitteln nachzuweisen. Die Erklärungen waren nicht sehr ermutigend.

Für die Mälzerei war im Jahre 1916 Hochkonjunktur, unter deren Ausnutzung es den Mälzearbeitern gelang, eine Feuerungszulage bis zu 16 Mark herauszuholen. Die Mälzearbeiter zeigen aber dementsprechend nicht viel Verständnis für den Wert der Organisation, denn alle Versuche, eine größere Anzahl unter ihnen als neue Mitglieder zu gewinnen, hatten wenig Erfolg. Sie haben aber die Absicht, die jetzigen erhöhten Löhne tariflich in die Friedenszeit hindüberzusetzen. Das könnte ihnen nur gelingen, wenn sie sich der Organisation anschließen.

Das Hilfsdienstgesetz findet ohne weiteres auf die Mälzereibetriebe Anwendung, ob aber auch auf die Brauereien, ist noch völlig unklar. Nur soviel steht fest, daß das Kriegsamt die Brauereien aufgefordert hat, zur Sache Stellung zu nehmen, damit sie nicht übersehen werden für den Fall, daß die Brauereien nicht darunter fallen und das Kriegsamt seine entsprechenden Maßnahmen trafe.

Zahlende Mitglieder hatte die Zahlstelle am Schluß des vorigen Jahres 1876 Mitglieder. Die Verbandskasse sandte an den Hauptvorstand 15 375 M. und gab im Laufe des Jahres aus an Krankenunterstützung 16 543 M., an Kriegsunterstützung 9061 M., an außerordentlichen Unterstützungen 2971 M. Wegen der ganz geringen Arbeitslosigkeit wurden an Arbeitslosenunterstützung nur 284 M. ausgegeben. Die Lokalkasse buchte eine Gesamteinnahme von 25 564 M. Sie zahlte für Weihnachtspenden 15 482 M., für Liebesgaben 1724 M., an Sterbegeld 8426 M. Am Jahresschluß betrug der Bestand der Lokalkasse 88 895 M.

Seit Anfang des Krieges bis zum Schluß des Jahres 1916 wurden an Kriegsunterstützungen ausgegeben durch die Verbandskasse 82 118 M. und durch die Lokalkasse 82 781 M., also zusammen 64 899 M.

Von einer Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Abstand genommen. Es erfolgte nur eine Erloswahl für den stellvertretenden Kassierer, aus der Schmidts hervorging. Als Beisitzer für den Hauptvorstand des Verbandes wurden Tröger, Hodap, Adler und Vog gewählt. Die Wahl gilt nur für die Kriegszeit. Es wurde beschlossen, daß auch im neuen Geschäftsjahr die Versammlungen am Sonntagnachmittag stattfinden sollen.

Auf einen Antrag aus der Versammlung wurde darüber abgestimmt, wer sympathie für eine Zulammendrängung der bestehenden Arbeitszeit, also für eine „durchgehende Arbeitszeit“ habe. Die Abstimmung ergab eine schwache Mehrheit dafür. — Diese Abstimmung sollte nur den Zweck haben, die Meinung der Versammelten zu erfassen.

Die Gläser und Kronenschlosser haben — wie sich aus dem in ihrer Mitgliederversammlung am Montag erstatteten Jahresbericht der Branchenleitung ergibt — im verflohenen Jahre eine allgemeine Aufbesserung ihrer Löhne erreicht. Die Branchenleitung hat dabei tätige mitgewirkt. Am Anfang des vorigen Jahres war beschlossen worden, nicht unter einem Stundenlohn von 1 M. zu arbeiten. Damals waren die Löhne oft noch niedriger. Im Laufe des Jahres ist es gelungen, die Stundenlöhne durchweg über 1 M. hinauszubringen. In den meisten Fällen beträgt die Zulage 25 bis 30 Prozent. Im Durchschnitt ist die Lohnhöhe gegenwärtig 1,80 M. Im Alford werden Stundenverdienste von 1,50 bis 1,80 M. erzielt. Vetterer Satz kommt jedoch nur ausnahmsweise vor. Die Per-

sonen gelten für die Betriebe, die noch auf die alten Kräfte der Branche — Beleuchtungsgegenstände und Filialstellen — arbeiten. Das sind etwa 80 Werkstätten mit 200 bis 300 Arbeitern. Die Arbeit werden auch diese Betriebe in absehbarer Zeit die bisherige Produktion wegen Mangel an Material einstellen und sich anderen Produktionszweigen zuwenden müssen, wie es ein Teil der Fabriken seit längerer Zeit schon tut. Bis jetzt ist jedoch in allen Fabriken für Beleuchtungsgegenstände noch ausreichende Arbeitsgelegenheit.

Eine Branchenversammlung für die Damenkonfektion hielt der Schneiderverband am Montag ab. Heilmann erörterte die Bedeutung der besonderen Arbeitslosenfürsorge für die Bekleidungsindustrie, die die Städte Berlin und Neulöh, bisher als die einzigen Gemeinden im Groß-Berliner Bezirk, eingeführt haben. Durch die Organisation und die Gemeindevorsteher der Arbeiter wird in den anderen Gemeinden Groß-Berlin darauf hingewirkt, daß sie nach denselben Grundsätzen wie Berlin und Neulöh eine besondere Arbeitslosenfürsorge für die Bekleidungsindustrie einführen.

(Neben die Grundsätze zum Bezüge der Unterfertigung haben wir im Vorworts* bereits berichtet.)

Wer glaubt, Anspruch auf Unterfertigung zu haben, sollte ihn unbedingt geltend machen. Ist er im Zweifel, so braucht er sich nur um Rat an das Bureau des Schneiderverbandes zu wenden. Bei der Durchführung der Kriegsfristige entscheidet in Streitfällen ein Schlichtungsausschuß, worin auch Vertreter des Schneiderverbandes sitzen.

Eine sehr wichtige Bestimmung ist § 4 der Grundsätze, von dessen Beachtung die Anwendbarkeit dieser besonderen Kriegsfristige für die Angehörigen der Bekleidungsindustrie abhängig gemacht wird. Es heißt im § 4: „Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, jede Arbeit, die ihnen angeboten wird, auch außerhalb ihres Berufs und Wohnortes, sowie zu verfürzter Arbeitszeit anzunehmen, sofern ihnen ein angemessener Lohn dafür geboten wird und kein triftiger Grund für die Ablehnung geltend gemacht werden kann.“ Das kann natürlich zu Streitigkeiten Anlaß geben, die zu entscheiden, Sache des Schlichtungsausschusses ist. So hat z. B. in einer Provinzialstadt unter Geltung derselben Grundsätze der Ausschuss entschieden, daß eine erkrankte Arbeiterin nicht dazu angehalten werden kann, in eine Munitionsfabrik einzutreten, weil sie dadurch für später ihre Finger zur Antertragung seiner Kostüme, zum Beispiel solcher aus Seide, unbrauchbar machen würde. — Auch eine andere Bestimmung, wonach von der besonderen Kriegsfristige ausbleibt, wer durch eigenes Verschulden oder freiwillige Aufgabe der Arbeit erwerbslos wird, kann zu Streitigkeiten führen. Selbstverständlich werden unter die Bestimmung solche Fälle nicht gerechnet werden können, in denen wegen besonderer Umstände einer Arbeiterin oder einem Arbeiter das Verbleiben in einem Betriebe nicht zugunsten werden kann. — Redner erläuterte dann noch eine Reihe weiterer Bestimmungen der Grundsätze.

Gerichtszeitung.

Der Reklamierter.

Ein vom Militärdienst reklamierter Schlosser, der bei der Firma Schulz u. Salur gearbeitet hatte, behauptete als Kläger vor dem Gewerbegericht, ihm seien unter Hinweis darauf, daß er reklamierter sei, ungünstige Arbeitsbedingungen geboten worden. So habe er eine Alfordarbeit annehmen müssen zu einem Preise, bei dem er seinen Lohn von 1,20 M. pro Stunde unmöglich verdienen konnte. Der Kläger hat daraufhin dem Meister erklärt, er mache die Arbeit in Lohn. Trotzdem bekam er nach Fertigstellung der Arbeit nur den vom Meister festgesetzten Alfordpreis, der 23 M. niedriger ist als der für die Arbeit in Frage kommende Zeitlohn. Der Kläger forderte Nachzahlung der Differenz. Der Vertreter der beklagten Firma bestritt, daß auf den Kläger ein Druck ausgeübt worden sei, weil er reklamierter war, und behauptete, der Kläger habe absichtlich nachlässig und langsam gearbeitet, um die Firma zu benachteiligen. — Die Klage wurde durch einen Vergleich erledigt, wodurch der Kläger 12 M. erhält. Er bemerkt aber, daß er beim Generalkommando Reichswerbe gegen die Firma erheben werde, weil sie veranlaßt habe, daß er wieder einbezogen werden sollte.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neulöh; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Verlags- und Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co. Berlin SW.

Gierzu 2 Belagen und Unterhaltungsblatt.

Underberg

Wahlspruch:

SEMPER IDEM.

Underberg-Boonekamp wird nur noch unter der Bezeichnung

Underberg

in den Verkehr gebracht. Die alte anerkannt vorzügliche Qualität bleibt unverändert.

H. Underberg-Albrecht
RHEINBERG (Rhd.) • Gegründet 1846.



Kooperations-
St. Maj. d. Deutschen Kaisers,
Königs v. Preussen.

Kooperations-
St. Maj. d. Kaisers v. Oesterreich,
Königs v. Ungarn.

Die Reichsbekleidungsstelle.

Von Hermann Jäkel.

Der Krieg hat die deutsche Industrie in der mannigfaltigsten Weise verändert. In ganz besonders hohem Maße hat er umgestaltend gewirkt in der engeren und weiteren Textilindustrie und dem die Produkte dieser Industrie weiterleitenden Handel. Textilindustrie und Textilhändler bieten heute das Bild eines vollständig unter Staatsaufsicht gestellten und von der Staatsgewalt reglementierten Zweiges der Volkswirtschaft.

Den ersten Verordnungen, betreffend Herstellungsverbote von Garnen aus Fasern und Stoffen aus Garnen zwangen sich mit unerbittlicher Logik weitere Maßnahmen auf bis zu Bestimmungen über den Konsum des fertigen Kleides und schließlich den Konsum des beim Trödler abgesetzten schon getragenen alten Kleides. Dabei haben sich die Elemente des Stoffes und des fertigen Kleides stark verändert. An Stelle der Faier aus Wolle vom Schaaf, welche vordem den „wollenen“ Stoff bildete, ist die aus alten Stoffen reproduzierte Faier der Kunstwolle getreten. Die Kunstwoll-Fabrikation ist im Krieg zu hoher Blüte entwickelt worden, und große Quanten dieses jetzt sehr geschätzten Produktes stehen zur Verfügung. Ihre Technik und Arbeitsmethode hat der Druck der Kriegsnot merklich vervollkommen. Die Appretur und Haltbarkeit ihrer Stoffe ist gegen früher sehr verbessert.

An Stelle des Jute- und Baumwollfadens ist in großem Umfange der Faden aus Papier oder aus einer Mischung von Baumwollfaier und Papier getreten. Die Papierfadenerzeugung und die Erzeugung von Stoffen aus Papier bildeten sich aus zu einer mächtigen Industrie, deren Betriebe in emsiger Tag- und Nacharbeit ungeheure Quantitäten Fertigfabrikate hervorbringen. Kein Zweifel: Neue Möglichkeiten sind der Textilindustrie nach dem Kriege gegeben. Der Papierstoff und seine Verwendung zum menschlichen Kleid und zu vielem anderen wird mehr und mehr sich einbürgern; für die Uebergangswirtschaft aus dem Krieg zum Frieden ist das ein bedeutsames Faktum, ein bedeutsames Faktum auch angesichts einer nach dem Kriege vorhandenen starken Nachfrage nach Textilprodukten durch eine fürchterlich arm gewordene europäische Menschheit.

Wie der leichte und billige Baumwollstoff im Laufe eines Jahrhunderts mehr und mehr den alten grob-derben und teuren Stoff aus Schafwolle und Flach verdrängte, so dürfte künftig der Papierstoff ein gefährlicher Konkurrent des Baumwollstoffes werden.

Die letzte Schöpfung zum Zwecke der Regelung des Verschleißes textiler Erzeugnisse ist die Reichsbekleidungsstelle, der die Aufgabe zugewiesen ist, den Bedarf der Bevölkerung an Web-, Wirk- und Strickstoffen sowie an Schuhwaren sicherzustellen. Sie hat die Sorge für Verwaltung der vorhandenen Vorräte, für ihre gleichmäßige Verteilung unter die Bevölkerung, für sparsamen Verbrauch und für Herstellung und Vertrieb von Ersatzstoffen. Nach außen tritt die Reichsbekleidungsstelle als ein auf größter kapitalistischer Grundlage errichtetes Geschäft in Form der Kriegswirtschafts-Aktien-Gesellschaft mit einem Grundkapital von 16 Millionen Mark in die Erscheinung. In über 300 Bureauroäumen, konzentriert in drei Häusern mit einem Mietwert von 90000000 M. pro Jahr, wird sich ab 1. April die kaufmännische Tätigkeit der in Berlin unter Leitung eines Reichskommissars, des Herrn Scheimern Rats Dr. Beutler, Dresden, untergeordnete Zentralverwaltung abwickeln. In mehr als 36 großen Lagern ist ein Teil der zur Verfügung stehenden Waren aufgeschleppt. Ein Stab von Direktoren und Prokuristen steht — die ersteren ehrenamtlich — dem Reichskommissar zur Seite. Ob die Direktoren für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit von anderer Seite entschädigt werden, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Die Reichsbekleidungsstelle stellt ein sich durchaus selbst erhaltendes Unternehmen dar. Reichszuschüsse sind also ausgeschlossen. Neben den verantwortlichen Organen, Vorstand und Aufsichtsrat, ist ein Beirat und ein Arbeitsausschuß gebildet, die bei wichtigen Fragen gutachtlich gehört werden. Außerdem werden bei allen beabsichtigten Neuerungen Gremien (Ausschüsse) gebildet aus Vertretern aller Interessenten, die um Rat angegangen werden sollen. Sowohl dem Aufsichtsrat wie dem Arbeitsausschuß gehören Vertreter aller Interessentengruppen — einschließlich der Arbeiter — an.

Mit der Bildung der Reichsbekleidungsstelle ist die Verantwortung für die genügende Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung und Wäsche aller Art auf diese übergegangen. Durch eine Bestandaufnahme verschaffte sie sich, soweit dies eben möglich ist, Sicherheit über die Mengen der im ganzen Reiche vorhandenen Stoffe und Kleider, und mit Einführung des Bezugsscheines tat sie den ersten Schritt zur Regelung des Verbrauchs und Streckung der Bestände. Nicht ohne Schwierigkeiten konnte die neue Organisation durchgeführt werden. Ganz besonders gegen die Einführung des Bezugsscheines wurde von einflussreichen und mächtigen Interessentengruppen Sturm gelautet. Während man die Einführung der Protokarte fast allgemein als Fortschritt begrüßte, verschrte man den Bezugsschein als Ausfluß bürokratischer Reglementierungskunst. Sehr mit Unrecht. Was die Protokarte auf dem Gebiete der Ernährung ist, das sucht der Bezugsschein auf dem Gebiete der Bekleidung zu erreichen. Aber dem bei allen Menschen nahezu gleichen Bedarf an Brot steht ein sehr verschiedener Bedarf der einzelnen Klassen der Gesellschaft und wiederum der einzelnen Menschen innerhalb der Klassen an Kleidung gegenüber. Neben dem Einheitsprodukt Brot stehen Hunderte der verschiedensten Kleidungs- und Wäscheprodukte, jede einzelne Art verschieden in Qualität und Quantität. Der Bedarf und Verbrauch läßt sich demzufolge nicht wie beim Brot eine für allemal dekretieren; er ist festzustellen von Fall zu Fall.

Den Gemeinden, denen die Feststellung des Bedarfs überwiesen ist, erwächst daraus viel Arbeit. Ihre Belastung wird gesteigert durch die Uebertragung des Ein- und Verkaufs alter und getragener Kleider und Wäsche sowie Schuhwaren. Wo die Gemeinden dafür ein Monopol erhalten, hört künftig jeder Privothandel an getragenen Kleidungsstücken auf. Nur amtliche Stellen üben diese Befugnis aus. Zunächst sind München und Leipzig mit der Organisation des Kleiderhandels vorgegangen. Die letztere Stadt hat eine „ständige Kleiderstelle“ mit 500 000 M. Kapi-

tal errichtet. Es wird sehr zu erwägen sein, ob nicht den schwer belasteten Gemeinden mit Reichshilfe beizuhelfen ist.

Neben der Regelung der Ueberleitung aller schon in Händen des Handels oder in Händen der Fabrikation befindlichen Stoff- oder Kleidermengen an die Verbraucher hat die Reichsbekleidungsstelle die Aufgabe, für Heranschaffung neuer Mengen Stoffe und Kleider Sorge zu tragen. Es geschieht das auf dem Wege freihändigen Ankaufs auf freiem Markte oder dem der Enteignung. So ist es jetzt unter Mitwirkung der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums möglich geworden, aus zur Verfügung gestellten Rohstoffbeständen 10 Millionen Paar Strümpfe den Gemeinden und Gemeindeverbänden, besonders für die ärmere Bevölkerung, anzubieten. Die angekauften Waren werden aufgeschleppt, in Lose geteilt und auf dem normalen Wege über den Handel dem konsumierenden Publikum zugeführt. Die Ausschaltung des Handels hielt man mit Rücksicht auf die zahlreichen und wichtigen Interessen, ganz besonders der Klein- und Mittelhändler, aber auch in Rücksicht auf die mangelnden Vorbereitungen und Arbeitskräfte der Gemeinden nicht für opportun. Immerhin sollen für die Zukunft in begrenztem Umfang die Gemeinden die Möglichkeit haben, für die ärmere Bevölkerung bestimmte notwendige Bekleidungsgegenstände direkt zu billigsten Preisen zu beziehen.

Im allgemeinen bietet die Reichsbekleidungsstelle die Stoffe den Fachverbänden der Fabrikanten und der Großhändler an. Gegenwärtig wird außerdem veruchweise Verbänden der Konfektion Ware im Gesamtwerte von 1 1/2 Millionen Mark zum Ankauf zur Verfügung gestellt. Die Fachverbände geben die Stoffe weiter an ihre Mitglieder oder an ihre Berufsangehörigen, welche nicht Mitglieder des Verbandes sind, wenn diese ausdrücklich erklären, sich an den Einkäufen des Verbandes von der R. W. A. G. beteiligen zu wollen. Die Fabrikanten dürfen die Waren nur an Großhändler oder an Händler von Bekleidungsstücken oder an Kleinbändler verkaufen. Kleinbändler dürfen diese nur an Händler von Bekleidungsstücken oder an Kleinbändler verkaufen. Händler von Bekleidungsstücken dürfen die Waren nur in verarbeitetem Zustande an Kleinbändler oder an Verbraucher, Kleinbändler dürfen sie nur an Verbraucher verkaufen. Die Waren sollen in möglichst kleinen Posten von Fabrikanten und Großhändlern verkauft werden. Der höchst zulässige Rechnungsbetrag ist für einzelne Fälle vorgeschrieben. Ebenso vorgeschrieben sind die Zuschläge, welche die einzelnen Gruppen zu den von der Reichsbekleidungsstelle festgesetzten Preisen berechnen dürfen. Dem Kettenhandel ist, soweit das überhaupt durch Vorschriften möglich ist, vorgebeugt.

Zu bemängeln ist die Preispolitik der Reichsbekleidungsstelle, wenn auch die Tendenz zur Verringerung zu Gunsten der Verbraucher unübersehbar ist. Ob jene die Verringerung zugunsten der Verbraucher bezweckenden Beschlüsse, Herabsetzung der Zuschläge bei von der Reichsbekleidungsstelle angekauften Waren usw. in der Praxis durch Manipulationen der Händler zu deren Gunsten auszuweichen, die Herabsetzung dieser Zuschläge zum Erwerbepreis also nicht ein Geschenk für die Händler darstellen wird, ist dabei noch sehr zweifelhaft. Umfassende Revisionen und Kontrollen wären da bitter nötig. Das Problem ist: Inwieweit kann die Reichsbekleidungsstelle mit der Ueberweisung der in ihren Händen befindlichen Waren an den Handel den Preis der übrigen im Besitze des Handels befindlichen Web-, Wirk- und Strickwaren und der daraus gefertigten Produkte herabdrücken? Angesichts der im allgemeinen vorhandenen relativ geringen Vorräte an Web-, Wirk- und Strickstoffen und der dadurch bedingten Sparsamkeit, die die Reichsbekleidungsstelle beachten muß, wenn sie ihre Waren auf den Markt wirft, ist die Lösung des Problems sehr schwierig. Da es dem fertigen Kleid nur in seltenen Fällen angehen werden kann, ob es aus Stoffen hergestellt ist, welche von der Reichsbekleidungsstelle gekauft sind, oder aus anderen Stoffen, sind Betrugsereien sehr leicht möglich. Die vielen laufenden Händler-Existenzen, welche in Frage kommen, erschweren umfassende Kontrollen. Die Ehrlichkeit des Händlers spielt demnach eine sehr große Rolle. Immerhin können umfassende Kontrollen und event. hohe Strafen günstige Wirkungen ausüben.

Grundlag bei der Preisfestsetzung für die Waren der Reichsbekleidungsstelle soll sein, so wurde beschlossen, die unter Bezugnahme stehenden Warenarten möglichst billig den Konsumenten zuzuführen; die dem Reiche entstehenden Kosten jedoch sollen auf alle Fälle gedeckt werden. Ergänzt wurde dieser Beschuß durch die Verfügung, daß bei Waren, welche nicht unter die Freiliste fallen, allmählich Abschläge zu machen sind, bis schließlich nur die Selbstkosten im Verkaufspreis gedeckt sind. Daß auch hierbei noch mit ziemlich teuren Textilstoffen zu rechnen ist, ist einleuchtend, wenn bedacht wird, daß der Marktpreis in neutralen Staaten etwa 400 Prozent über dem Friedenspreis steht und die zu zahlenden Zuschläge des Handels gleichfalls eine Preiserhöhung bedingen.

Die Gründung der Reichsbekleidungsstelle dürfte jedenfalls in der Geschichte der erste Versuch sein, die Beschaffung und den Konsum eines 60-Millionen-Volkes an Kleidung und Wäsche von einer Zentralstelle aus durch die Staatsgewalt zu regeln.

Parlamentarisches.

Das Fideikommissgesetz im Ausschuh.

Der Ausschuh des Abgeordnetenhauses wählte die Abg. Villa (Z.) und Schenk zu Schweinsberg (L.) zu Berichterstattern. Vorhender ist der Abg. v. Rödiger. Am 31. bringt ein Volksparteieller einen Antrag ein, wonach neue Fideikommissn nicht gebildet werden dürfen. Für den Fall der Abrechnung beantragt die fortschrittliche Volkspartei, auch städtische Fideikommissgründungen von allem Donatsbesitz zuzulassen.

Nach längerer Debatte, in welcher die Regierung sich gegen die Bildung städtischer Fideikommissen erklärt, wird der volksparteieller Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt, ebenso die beantragte Dinaurziehung eines Vertreters des Staatlichen Landesamtes, diese gegen die Nationalliberalen, Volksparteieller und Freikonserbativen. Sowohl von fortschrittlicher wie von nationalliberaler Seite wird ein § 1a beantragt, wonach die Bildung von Fideikommissen nur dann zulässig ist, wenn sie mit den Interessen der Bevölkerung in der inneren Kolonisation vereinbar ist. Die Volksparteieller fordern daneben noch, daß zu jeder Genehmigung eine gutachtliche Beurteilung des Oberlandeskulturgerichts erforderlich sei. Gegen diesen Zusatz erklärten sich der Justiz- und Land-

wirtschaftsminister. Die Nationalliberalen ziehen ihren Antrag zugunsten des ersten Absatzes des volksparteielleren Antrags zurück. Dieser wird unter Ablehnung des zweiten Absatzes zurückgezogen und § 2 gegen 10 Stimmen genehmigt. Zu § 3 beantragt die Volksparteieller, daß die Fideikommissgründung nur zulässig sei, wenn das Jahresertrömmen 20 000 (früher 10 000) M. betrage, und ferner, daß der zu bildende Grundbesitz nicht 30, sondern 50 Jahre sich im Besitz der Familie befinden haben müsse. Dieser Antrag und ein ähnlich lautender nationalliberaler Antrag werden abgelehnt und § 3 angenommen. Bei § 4 beantragt die Nationalliberalen, daß der Besitz zur Gründung eines Fideikommisses eine landwirtschaftliche Einheit bilden soll. Das wird abgelehnt, § 4 angenommen und die Weiterberatung vertagt.

Der Kultusrat im Ausschuh.

Im verstarften Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses verlangte der Berichterstatter über die Jugendpflege,

Jugendpflege,

daß die militärische Vorbereitung der Jugend nach dem Kriege eine entschiedene Steigerung erfahren müsse. Er begrüßt den Sparwanglerlaß für Jugendliche; diese haben in Groß-Prüfen in den 8 Monaten eine halbe Million Mark gespart. Der Sparwangler sollte auf ganz Preußen ausgedehnt werden. Ein freikonserbativer beipflichtet die Schwierigkeiten der militärischen Jugendpflege auf dem Lande und wünscht Uniformierung aller Jugendkompanien. Ein Volksparteieller erklärt sich dafür, daß die Jugendpflege bis zum 17. Jahr Sache der pädagogischen und nicht der militärischen Erziehung sei. Der Redner wendet sich gegen die auf der Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt aufgestellten Grundzüge. Der Minister stimmt mit dem Vordredner darin überein, daß alle Kreise zur Jugendpflege herangezogen werden müssen, er verweist ebenfalls die Grundzüge jener Konferenz. Die im Etat vorgesehenen 3 1/2 Millionen Mark sollen in erster Linie zur Erhaltung der bestehenden Einrichtungen verwendet werden. Ein konservativer Redner regt Einleitung hauptamtlicher Jugendpfleger nach dem Kriege an. Ein Zentrumsdredner verlangt Einführung der Pflichtjugendpflege auch bei der weiblichen Jugend. Der Minister erklärt, daß zwischen ihm und dem Kriegsminister enge Fühlung in allen Fragen der Jugendpflege bestehe. Das sozialdemokratische Mitglied bittet den Minister, bei der Unterstüßung der Jugendheime, besonders der von der Arbeiterkassen eingerichtet, paritätisch zu verfahren. Der Minister erklärt, daß die von der freien Jugendbewegung eingerichteten Heime sich zum großen Teil in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrtspflege gestellt haben und ist bereit, solche Heime zu unterstützen.

Beim Titel

„Kunst und Wissenschaft“

wünscht ein Volksparteieller, daß die inländische Kunst mehr berücksichtigt werde, namentlich durch Ankauf der Werke lebender Künstler. Der Minister ist bereit, den in schwieriger Lage befindlichen Künstlern soweit als möglich zu helfen. Ein konservativer Redner wünscht außerordentliche Vorsticht beim Ankauf moderner Kunstwerke; er bittet, bei den Friedensverhandlungen die Werke, die uns in früheren Kriegen abgenommen wurden, wieder zurückzufordern. Ein Volksparteieller regt die Entsendung von Abgeordneten in die Kunstkommission an. Ein anderer Fortschrittler regt die starke Zurückhaltung der Nationalgalerie bei Ankauf der Werke lebender Künstler. Ein Zentrumsdredner wünscht, daß zeitig die Geldentlastung unserer Krieger in würdiger Form künstlerisch dargestellt werden, die Fehler frühere Zeiten müssen vertrieben werden.

Beim

„Technischen Unterrichtswesen“

teilt der Minister mit, daß die Anstellungsfrage der Professoren während des Krieges nicht ruhe, die Regelung müsse aber vorbehalten bleiben. Ein Zentrumsdredner wünscht bezüglich der Amtsbeziehungen gleiche Behandlung mit den Universitäten.

Bei den

„Universitäten“

erklärt der Minister, daß der Krieg auf die Universitäten außerordentlich stark einwirkte, trotzdem werde der Unterricht aufrecht erhalten. Eine Schließung sei nicht beabsichtigt. Den in Bezugenschaft geratene Studenten werde die Jugendheime zur Unterstüßung gewährt, damit sie eine bessere Behandlung in der Gefangenschaft erfahren. Eingeschrieben sind 25 000 männliche und 4000 weibliche Studenten, anwesend 6088 Männer, 4000 Frauen und 469 Ausländer. Für die aus dem Kriege zurückkehrenden Studenten sollen besondere Kurse eingerichtet werden, ebenso für Abiturienten. Nach dem Kriege werden große Lücken im akademischen Nachwuchs vorhanden sein. Es besteht nicht die Absicht, staatliche Mittel für eine theologische Fakultät in Frankfurt in Anspruch zu nehmen. Die Denkschrift über die Förderung der Auslandsstudien enthalte ein Programm, und zwar in drei geteilter Aufgaben: 1. wissenschaftliche Auslandsstudien, 2. praktische Schulung von Beamten oder Privaten, die ins Ausland wollen, und 3. Werbung des außerpolitischen Interesses und Verständnisses in der Heimat. Hauptaufgabe sei die Vorbildung der in den auswärtigen Dienst tretenden Beamten des Reiches. — Ein volksparteieller Redner verlangt, daß in den Vordergrund die Werbung des außerpolitischen Interesses und Verständnisses gestellt werde. Insbesondere müßten die Volkswirtschaftler eine gute politische Grundlage haben. Ein freikonserbativer Redner schließt sich dem an. Ein nationalliberaler Abgeordneter hofft von dem in der Denkschrift gewiesenen Wege eine bessere Schulung, insbesondere auch der Presse. Von fortschrittlicher Seite wird betont, daß auch in unserer Presse heute Kräfte tätig sind, die sehr wohl mit dem Wesen und den Gebräuchen des Auslandes vertraut seien.

Aus der Partei.

Die Schicksalsfrage der Partei.

Der Ausschuh des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt, der zehn Wahlkreise umfaßt, faßte am Sonntag einstimmig einen Beschuß, in dem es heißt:

„Es gibt bei der gegenwärtigen Lage der Partei kein Ausweichen. Wir müssen uns klar entscheiden, ob wir den Beschlüssen des oppositionellen Parteitagbes zustimmen oder die Politik der Parteimehrheit vertreten wollen.“

Vorstand und Ausschuh des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt stellen sich auf den Boden der Politik der Parteimehrheit und erklären sich einverstanden mit dem Beschlusse des Parteiausschusses vom 18. Januar d. J. und mit dem Anhalt des Aufrufs, den der Parteivorstand am 20. Januar an die Partei gerichtet hat.“

Von dem Beschuß der Sonderkonferenz der Opposition vom 7. Januar wird gesagt:

„Er bedeutet die Schaffung einer Sonderorganisation innerhalb des Parteikörpers. Wer für diesen Beschuß wirft oder sich mit ihm solidarisch erklärt, kann nicht Mitglied der Partei bleiben.“

Ferner fand am gleichen Sonntag in Erfurt eine vom Bezirksverband der sozialdemokratischen Organisation für den Regierungsbezirk Erfurt einberufene Konferenz mit den Kreisvorständen und Redakteuren der Parteipresse statt. Es wurde eine längere Entscheidung angenommen, in der es heißt:

Der Beschluß, den am 18. Januar d. J. der Parteiaus- schuß gefaßt hat, und die durch den Parteivorstand dazu veröffentlichte Erklärung (Auszug) stehen mit unserem Partei- organisationsstatut und mit der bisher in der Partei geübten Praxis in Widerspruch und entbehren daher jeder recht- lichen Unterlage.

Die Konferenz beauftragt die Parteileitungen, im Besitze Sonderorganisationsstatuten, die mit unserem Organisations- statuten im Widerspruch stehen, auf das schärfste zu be- kämpfen und streng nach dem Organisationsstatut zu verfahren. Eine Rücksicht, ob solche Sonderorganisationsstatuten sich zur Mehrheit oder Minderheitspolitik bekennen, darf nicht genommen werden, solange das gegenwärtige Organisationsstatut Gültigkeit hat. Die Konferenz betrachtet es als höchste Pflicht der Parteigenossen, jed- wede Versuche, unsere Arbeiterbewegung durch Spaltung zu schwächen und zu gefährden, zu bekämpfen. Sie erwartet dabei die volle Unterstützung aller organisierten Parteigenossen, gleichfalls aber auch eine ununterbrochene Verarbeitung für die Partei.

Verpflichtung auf Oppositionsbeschlüsse?

Genosse Ernst Grenz, Reichstagsabgeordneter für den 21. säch- sischen Wahlkreis (Annaberg), veröffentlicht in der „Chemnitzer Volks- stunde“ eine Erklärung gegen die Beschlüsse der Reichskonferenz der Opposition. In der Erklärung heißt es:

Den Beschlüssen dieser Konferenz (der Opposition) hat die Parteileitung des Bezirks Leipzig ihre Zustimmung gegeben und verlangt von den Genossen der be- treffenden Reichstagswahlkreise, danach zu handeln.

Demgegenüber erkläre ich: daß ich mich als Mitglied der Organisation des 13. Reichstagswahlkreises jenen Beschlüssen nicht fügen kann und auch nicht fügen werde. Die von den Parteileitungen eingeleiteten Instanzen bestehen heute noch zu recht.

Die Partei kennt nur eine sozialdemokratische Fraktion, dieser gehöre ich als Mitglied an und werde mich den Mehrheitsbeschlüssen der Parteileitungen und der Fraktion unterordnen und danach handeln, bis der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie neue Entscheidungen treffen wird.

Ernst Grenz, M. d. R.

Es ist allerdings die Höhe, wenn die Opposition, die mit den Beschlüssen der ordnungsmäßig berufenen Reichskonferenz der Gesamtpartei Schindluder treibt, dort, wo sie zufällig die Mehrheit besitzt, die Parteimitglieder zwingen will, sich den Beschlüssen einer von der Opposition ohne jede Kontrolle zustande- gekommenen Sonderkonferenz zu fügen. Gegenüber einem solchen Ansinne möge sich jeder Parteigenosse verhalten wie der durch ein Menschenalter Parteiarbeit bewährte Genosse Grenz.

Sozialdemokratische Magistratsmitglieder. Die Stadtverordneten- versammlung in Magdeburg wählte an Stelle des zurückgetretenen Stadtrats Arendt und des verstorbenen Stadtrats Schay den Genossen Weims und den Fabrikanten Schmidt zu Stadt- räten. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in den Magdeburger Magistrat ein. — In Lützen eide hatte die Stadtverordneten- versammlung im Sommer 1916 beschlossen, den Magistrat um zwei Mitglieder — auf sechs Mitglieder — zu vermindern. Nachdem der Magistrat dem Beschlusse beigetreten war, erfolgte im Dezember die Wahl der beiden neuen Magistratsmitglieder. Gewählt wurde außer einem bürgerlichen Stadtverordneten unser Genosse Lüd, das älteste Mitglied der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Beide Gewählten wurden bestätigt und am 25. Januar in ihr Amt eingeführt. Damit ist der erste Sozialdemokrat in den Lützenfelder Magistrat eingezogen, sodas unsere Lützenfelder Genossen neben sämtlichen — acht — Mandaten der dritten Abteilung nun auch über einen Magistratsposten verfügen.

Den 75. Geburtstag feierte am 30. Januar Genosse Hugo Keller in Göttingen, der für die Erklärung der sozialisti- schen Bewegung in der preussischen Oberlausitz mehr getan hat als irgendein anderer. Der alte Keller vertritt noch heute mit be- wundernswürdiger Frische das Amt des Arbeitersekretärs und ist daneben in der Stadtverwaltung rastlos für die Interessen der Arbeiter tätig.

Aus Industrie und Handel.

Der erste Bankabschluß.

Die kleine Gildesheimer Bank mit ihren zwölf Millionen Mark Kapital — ein Institut, das der Deutschen Bank nahesteht — bringt den ersten Bankgeschäftsbericht für das Jahr 1916 heraus. Der Reingewinn ist, ungerechnet dem Vortrag des Vorjahres, von 1 167 021,— M. auf 1 298 862,— M. gestiegen. Die Dividende konnte von 7 1/2 auf 8 Proz. erhöht werden. An der Gewinnsteige- rung sind vorzüglich beteiligt das Zinsen- und Wechselkonto, das Provisionskonto und das Effekten- und Kon- junktionskonto. Hervorgehoben wird, daß die Berliner Kommandite Schwarz, Goldschmidt u. Co. gut gearbeitet hat. Der Abschluß zeigt — und die Abschlüsse der größeren Institute werden diesen ersten Eindruck voll bestätigen —, daß die Banken im obgelassenen Jahre aus der Verlethung von Geldern, aus den Provisionen und der Abzinsung vieler stark gestiegener Wertpapiere, wovon manches als notleidend durch lange Jahre seinen Markt fand, sehr beträchtliche Gewinne erzielt haben.

Braunindustrie und Zivildienstpflicht.

Der Hilfsdienstauschuss des Deutschen Brauerbundes soll prüfen, ob eine Stilllegung und Zusammenlegung von Braubetrieben möglich und zweckmäßig ist. Die D. B. B. erklärt, daß sie von dem in Dänemark gekauften Malz nichts freigegeben werde. — Der Aufsichtsrat der Sächsisch-Ver- teilungsgesellschaft für das obergärtige Brauereiwesen G. m. b. H. mußte infolge der Knappheit an Sächseln in der letzten Aufsicht- ratsitzung mit rückwirkender Geltung vom 1. Januar d. J. an eine Verabfolgung in den Zustellungen eintreten lassen.

Das Projekt des Donau-Main-Kanals.

Wie bekannt, wird das Projekt des Ausbaus des Donau- Main-Kanals dem am 30. Januar 1917 zusammentretenden bayeri- schen Landtage vorgelegt werden. Die für den Ausbau des Kanals erforderlichen Kosten belaufen sich auf 650 Millionen Mark. Zunächst aber wird der bayerische Verkehrsminister einen Kredit von 5 Millionen Mark in Anspruch nehmen, die für die Ausarbeitung der Detailvoranschläge verwendet werden sollen.

England und die dänische Fischerei.

20 000 dänische Fischer haben ihre Tätigkeit einstellen müssen, denn die Engländer haben die Zufuhr von Petroleum — für die Bojenmotoren — vollständig unterbunden. In den letzten Tagen in Kopenhagen geführte Verhandlungen zur Regelung der Angelegen- heit sind abermals gescheitert. Dagegen hat Deutschland den dänischen Fischern rumänisches Petroleum angeboten unter der Bedin- gung, daß die Fischfänge nach Deutschland geliefert werden. Ein Entschluß hierzu ist von dänischer Seite noch nicht gefaßt worden.

Englands Finanznot.

Durch königliche Verordnung ist das englische Schatzamt er- mächtigt worden, alle ausländischen Wertpapiere zu rekurrieren, um die Finanzlage Englands zu kräftigen. Da- durch wird der Verkauf und die Verpfändung fremder Wertpapiere

an das Schatzamt, die vorher freiwillig waren, obligatorisch ge- macht.

Die Londoner Handelskammer hat ein Wirtschaftsprogramm für die Zeit nach dem Kriege aufgestellt, in welchem sie geben einer Reorganisation des britischen kommerziellen Staatsdienstes und einer Verbesserung der englischen Handelsmethoden Schußwille unter Beherrschung der Kolonien und der Verbündeten verlangt. Kapital und Arbeit sollen geeinigt werden. Eine britische Handelsbank soll den Ueberseehandel fördern. Schärfe Kampfmittel werden gegen die deutsche Schifffahrt verlangt. Schiffe, die einem Angehörigen einer feindlichen Macht gehören und zurzeit von Großbritannien beschlagnahmt werden, sollen von Eng- land wie von den Verbündeten den Eigentümern vorenthalten werden. Außerdem wird verlangt: Vorratshaltung aller britischen Schiffe in britischen Häfen hinsichtlich der Ausgaben, Ver- bot von Vereinbarungen mit fremden Schiffahrtsgesellschaften, Ab- scheidung der Westbesitzungen für feindliche Staaten auf eine Reihe von Jahren, Vorratshaltung der Verbandsmächte und ganz be- sonders Erleichterung des Handels für alle von ihm der britischen Handelsflotte angefügten Schiffe. Ein Trost, daß auch das Gelingen der Friedenskonferenz nicht so hoch gegessen wird, als es in der Londoner Handelskammer gefocht wird.

England schuldet nach der „Times“ an die Vereinigten Staaten 4 227 Millionen Mark, wozu noch die privaten Kredite und die englischen Stadtschulden kommen. Vor dem Kriege war England Gläubiger der Vereinigten Staaten. Im Kriege sind die Schuldtitel zum großen Teile jurisdigewandert und an Stelle des Guthabens ist eine enorme Schuld getreten.

Warenschmuggel aus Ungarn nach Oesterreich. Da Ungarn und Oesterreich zwei völlig selbständige Staaten sind, führen sie auch ihre Kriegswirtschaft getrennt. Eifersüchtig sorgen sie dafür, daß der eine Staat nichts von den Vorräten des andern abkommt. Aber wie leicht erklärlich, hat sich ein lebhafter Schmuggel in Lebens- mitteln und Rohstoffen entwickelt. So hat die Budapestener Polizei entdeckt, daß Baumwolle, Stoff- und Weinwaren im Werte von un- gefähr fünfzig Millionen Kronen in Möbelwagen von Budapest nach Wien geschmuggelt wurden. Siebzehn Möbelwagen mit Textilwaren im Werte von einer Million Kronen wurden vor ihrer Verschiffung auf der Donau in Budapest beschlagnahmt.

Aus Groß-Berlin.

Im Erfrischungsräum.

Gegen 5 Uhr nachmittags. Der Erfrischungsräum des Warenhauses ist dicht besetzt. Alte und junge Frauen, Kinder, Feldgrauen, Brautjungfrauen, die und da ein Schein der vor- nehmen Welt, alles bunt durcheinander an den Tischen. Kindergeschrei, Lachen, Gepolauer und ein eigenartiger Kriegs- lassetusch erfüllen den Raum. Eine Kapelle — sechs Mann stark — sorgt für „musikalische“ Unterhaltung. „Det is wai Scheenes, die Musik, det lönn' ma uns zu Hause nich leisten“, sagt eine Frau an meinem Tische. Sie scheint sich auf einen langen Aufenthalt eingerichtet zu haben. Ich schließe das aus der halbblauen Kaffeetasse, die vor ihr steht und von der sie nur von Zeit zu Zeit einmal nippt. „Und jedahaupt sind die Erfrischungsräume eine ganz jedieene Ein- richtung. Billig und jut jebetzt. Det is wai jemittlicher als wie zu Hause.“ Die Umstehenden nickten zustimmend.

Am Büfett drängen sich die Leute. Da gibt's allerhand Herrlichkeiten. Kriegskuchen und Lortz, Schlagjahn- und Cremereisjahn — alles immer noch begehrendwert und vor allem erquicklich. Dazu eine Tasse „Kaffee“ zum Preise von 15 Pf., bemahe wie in Friedenszeiten. Nur am Ge- schmack merkt man, daß Krieg ist. Aber schließlich, was tut's? Der Mensch gewöhnt sich an vieles. Benigntens die kleinen und großen Mädchen, vor denen die Tellerchen mit Kriegstorte und Cremereisjahn stehen, schludern eifrig die will- kommene Gabe, fischen und lachen. Und wer sich's leisten kann, drängt sich nochmals ans Büfett heran.

Die Kapelle hat sich von ihrer gewohnheitsmäßigen langen Pause erholt und spielt einen „Schlager“. An ver- schiedenen Tischen wird mitgelungen. Der Kapellmeister wiegt sich mit seiner Geige hin und her. „Du, der muß aber flott tanzen können“, flüstert das eine junge Mädchen dem andern zu. „Ach ja“, flüstert diese, sehnjuchtsvoll. . .

Verfallenen ertönt, als die Kapelle geendet. An ver- schiedenen Tischen stehen Leute auf und gehen — befriedigt. Andere kommen, ununterbrochen, den ganzen Nachmittag. Ob Krieg, ob Frieden, der Erfrischungsräum hat sein Publi- cum, zumal jetzt im Winter. . .

Die Kosten der höheren und der niederen Schulen.

Der vom Magistrat der Stadt Berlin erst jetzt für das Ver- waltungsjahr 1914/15 herausgegebene Jahresbericht über seine all- gemeine Verwaltung enthält auch die Angaben aus dem höheren Schulwesen. Lehrreich sind die darin mitgeteilten Kosten- berechnungen, wenn man zur Vergleichung die entsprechenden Zahlen des Volksschulwesens heranzieht. Ausgegeben wurden für die Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen 4 1/2 Millionen Mark für die Realschulen über 1 1/2 Millionen Mark, für die Lyzeen (höhere Mädchenschulen) annähernd 1 1/2 Millionen Mark. für alle diese Lehranstalten zu- sammen über 7 1/2 Millionen Mark (ohne die außerordentlichen Ausgaben und auch ohne die Kosten der Turnhallenverwaltung). Doch in demselben Jahr für das Gemeindefiskalwesen ziemlich 27 1/2 Millionen Mark (ohne Berücksichtigung der Grundbesitz- steuern und ohne die Pensionen) aufgewendet wurden, mag gegen- über jenen 7 1/2 Millionen Mark manchem sehr großartig vor- kommen. Aber die Berechnung der Ausgaben pro Schul- kind ergibt ein ganz anderes Bild. Die obigen Be- träge verteilen sich auf 11 674 Schüler der Gymnasien usw., 6810 Schüler der Realschulen, 3208 Schülerinnen der Lyzeen, dagegen auf 226 471 Kinder der Gemeindefiskalschulen. Ausgegeben wurden pro Schulkind bei den Gymnasien usw. 857,43 M., bei den Realschulen 244,13 M., bei den Lyzeen 270,88 M., dagegen bei den Gemeindefiskalschulen nur 122,30 M. Diesen Ausgaben steht bei den höheren Schulen das in ihnen erhobene Schulgeld gegenüber, wäh- rend die Gemeindefiskalschulen ganz aus dem Stadtsäckel gedeckt werden müssen. Aber auch wenn die Schulgeldeinnahmen abgezogen werden, bleibt zwischen den Aufwendungen für die Gemeindefiskalschulen und denjenigen für die anderen Lehranstalten immer noch ein reich- lich großer Unterschied. Der Magistrat berechnet regelmäßig in diesen Jahresberichten nicht die Gesamtausgaben pro Schulkind (die wir oben noch unteren Berechnungen mitgeteilt haben), sondern nur den nach Abzug der Einnahmen noch erforderlichen Zuschuß pro Schulkind. In 1914/15 stellte sich der Zuschuß pro Schulkind bei den Gymnasien usw. auf 236,23 M., bei den Realschulen auf 216,58 M., bei den Lyzeen auf 189,50 M., bei den Gemeindefiskalschulen — wie oben angegeben — auf 122,30 M. Die Lyzeen erfordern einen mäßigen Zuschuß, weil ihre Aufwendungen für Gehälter beträchtlich geringer als die der Realschulen und der Gymnasien usw. sind. Bei den Gymnasien usw. war in 1914/15 der Zuschuß pro Schüler mehr als das Doppelte und die Aus- gabe pro Schüler sogar mehr als das Dreifache der Ausgabe pro Gemeindefiskalschulkind.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in diesem Winter wieder Vorträge über Gesundheitspflege. Im Bürgeraal des Berliner Rathauses hielt am Montag den ersten Vortrag Prof. Waldso über: „Die Geschlechtskrank- heiten, ihre Gefahren, Verhütung und Be- kämpfung.“ Der Krieg habe bei unseren Truppen in den be- festigten Gebieten die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten gefördert, und für die Zeit nach Friedensschluß sei härtere Verdringung auch in der Heimat zu befürchten. Ueber die Entstehung und die juristischen Wirkungen dieser Krankheiten belehrte Waldso seine Zuhörer in gemeinverständlichem Ausdrücken, die durch Lichtbilder unterstützt wurden. Er wies hin auf die Bedeutung für die Ehe auf die Schädigung der Nachkommenschaft, auf die zum Teil durch Geschlechtskrankheiten verursachte Gebirtenminderung. Zur Bekämpfung sei erforderlich, das Leiden nicht durch Kurpfuscher, sondern zeitig durch den Arzt behandeln zu lassen. Gegen die besondere Verbreitungsgesfahr, die der Krieg gebracht hat, haben Reichsversicherungsamt und Landes- versicherungsanstalten eingegriffen. Die ertöndt gewesenen Heeresentlassenen sollen in Beratungsstellen unter- sucht werden, damit nötigenfalls weitere Behandlung einleiten kann. (Auf die Beratungsstellen kommen wir noch zurück.)

Der Magistrat als Hauseigentümer.

Auch in den der Stadt Berlin gehörenden Häusern wird gegen Mietskuldner mit Zahlungs- und Räu- mungsklage vorgegangen. Kürzlich ist das die Grund- eigentumsdeputation des Magistrats gegen eine kinderreiche Familie, die ihr seit vier Monaten die Miete im Betrag von monatlich 25 Mark schuldet. Als im September 1916 die Stadt das von ihr erworbenes Haus in eigene Verwaltung übernahm, hat der Mieter, der schon dem Vorbesitzer die Miete für etwa ein halbes Jahr schuldig geblieben war, den Magistrat um Mietübertragung. Sie wurde zunächst verweigert, hinterher aber bewilligt man ihm doch eine Ermäßigung von 25,00 M. auf 20 M., was freilich für eine aus Stube, Küche und Kammer bestehende Wohnwohnung in einem ganz alten und längst abzunehmenden Haus des Stadtinnern ein immer noch reichlich hoher Preis war. Der Mieter blieb auch diesen Betrag schuldig, und nach erfolglosen Mahnungen wurde dann Zahlungs- und Räumungsklage gegen ihn eingereicht. In dem Termin, drei Tage nach Vernehmung, erklärte der Richter ihn für zahlungs- und räumungspflichtig, so daß der Mietskuldner sich mit dem Seinen von Obdachlosigkeit bedroht sah. Zum der zu seinen sechs Kindern in alternativer Zeit ein siebentes als Familienzuwachs zu erwarten hatte, konnte die mit Zustimmung des Mieters bewilligte Räumungs- frist von 14 Tagen nicht nützen. Es wäre ihm wohl auch schwer geworden, mit dieser Kinderlast so bald eine neue Wohnung zu finden. Eine Vermittlung von anderer Seite hatte den Erfolg, daß die Grundigentumsdeputation von einer Ermission noch Abstand nahm. Ein paar Tage später wurde das erwartete siebente Kind geboren. Die Grundigentumsdeputation hat bewilligt, daß der Mieter künftig pro Woche 5 M. an sie zahlt. Uneres Erachtens ist auch das noch mehr als genug für die dürftigen und kaum zu er- hebenden Räume, in denen er mit seiner Familie hausen muß.

Um das Freibankfleisch.

Die Berliner Freibank, bei der in der Kriegszeit der Zubrang von Kaufkräftigen sich außerordentlich gesteigert hat, verteilt jetzt an die zum Fleischkauf zugelassenen Personen die neuen Kunden- karten. Früher verkaufte sie das ihr überwiesene minderwertige und darum weniger teure Fleisch an jedermann, seit mehreren Monaten aber ließ sie nur noch Bedürftige zu, denen sie Vergünstigungen gab. Die neuen Karten, die für Februar und März gelten, werden wieder auf dem Viehhof im Bureau der Schlachthausverwaltung vereinigt. Die Kommissionen sind ausgeteilt. Den Antrag auf Bewilligung hat man dort persönlich zu stellen, wobei zur Prüfung der Bedürftigkeit der Miessontrakt und für Krieges- frauen der Unterhaltungsbogen vorzulegen ist. Die Schar der An- tragsteller ist so groß, daß auf dem Viehhof jetzt täglich Tausende, größtenteils Frauen, aus allen Stadtvierteln Berlin zusammen- strömen. Damit die Wartenden einermäßen gegen die Kälte ge- schützt sind, hat man ihnen die unbenutzt dastehende große Hämme- lshalle als Wartesaal überlassen. In Reih' und Glied angeordnet, durch Schranken zusammengehalten und von Schaulenten beauf- sichtigt, harren sie hier mehrere Stunden aus, bis endlich auch sie herankommen. Die Zahl der ausgehenden Karten beläuft sich auf etwa 15 000.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats über den Bezug von Süßholz für Haushaltungen (sogenannter H-Padung) dürfen im Monat Februar nicht wie bisher mehrere Abkännte der Süßholz- karte H verwendet werden, sondern nur der Abkännt 18. Auch darf auf diesen Abkännt nur ein Viertel Süßholz zu 25 Pf. ab- gegeben werden. Ferner wird auf alle früheren Abkännte der Süßholzkarte bis Nr. 17 kein Süßholz mehr abgegeben.

Die für die Festlegung von Kleinhandelspreisen von Käu- d- waren eingeleitete Kommission hat folgende Kleinverlaufs- preise festgesetzt: Für Spertoten 1/4 Pfund 80 Pf., für Spert- bücklinge 1/4 Pfund 60 Pf. und für Wüdinge pro Stück 20 Pf.

Schon in der gestrigen Nummer hatten wir eine Mitteilung über Festlegung von Kleinhandelspreisen für Käu- d-waren gebracht. Wir wollen nicht hoffen, daß die Preise sich von Tag zu Tag ändern. Sollte man nicht doch etwas sorgfältiger bei der Festlegung der Preise verfahren.

Warum das?

Der Kaufmann Leopold Dufelski hat Korffinsolium als Schuß- fohlerer verkauft und damit in kürzester Zeit eine Unmenge armer Leute geschädigt, selber aber ein Bombengeschäft gemacht. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Artgenussens zu zehn Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe. Aber Herr Dufelski legte Berufung ein und richtig — das Landgericht er- mäßigte das Urteil auf sechs Monate Gefängnis und 5000 M. Geld- strafe. Sicher haben die fünf Herren gelehrten Landrichter großen juristischen Scharfsinn und viel Geschlossenheit darauf verwandt, um festzustellen, daß der gemeine Kriegswucher des Herrn Dufelski bei zehn Monaten Gefängnis um vier Monate Freiheitsent- ziehung zu hoch eingeschätzt sei.

90 Koffenrübengerichte waren dieser Tage im Charlottenburger Rathaus aufgestellt und für 20 Pf. konnte man dort eine Rezept- sammlung erwerben, die zur kunstgerechten Herstellung dieser Delikatesse anleitete. Konsequente und unerfahrene Kriegseinkäufer sind danach in der Lage, sich aus der ehemals berachteten Wurst die raffiniertesten und abwechslungsreichsten Dinners bereiten zu lassen. Sie können fast ein Vierteljahr hindurch jeden Tag etwas anderes und doch immer nur Koffenrübengerichte essen. Abgesehen vielleicht von Reb- hühnern und kleiner Spertoten scheint man so ziemlich alle gangbaren Speisen daraus herstellen zu können: Modurlehnuppe, Koffelkotelet, Quailen, Bratortoffeln, Senfgurken, Wurmeloade, süßen Salsan und sogar „Schmalzerisch“. Es sieht auch alles sehr naturgetreu aus — ob es freilich ebenso schmeckt, konnten und wollten wir nicht fest- stellen, denn man soll nicht unbedarben sein und von den Dingen zu viel auf einmal verlangen.

Ausgekaltung der Ferienpiele. Auch in der Zeit vom 1. bis 30. Juni und vom 14. August bis 15. September sollen für die Gemeindefiskalschulen dreimal wöchentlich Halbtagssauszüge unter Leitung von Lehrern und Lehrerinnen eingerichtet werden. Während der fünf- bis sechsstündigen Abwesenheit vom Elternhause sollen die Kinder ähnlich wie bei den Ferienpielen mit Suppe und Brot be-

Auf Seewacht.

Von Signalgast N. N.

Ueber das Leben des Kriegsvolkes auf dem Lande und in den Schützengräben erfahren die Volksmassen in der Heimat und durch die Kriegsberichterstattung so mancherlei. Dagegen leben wir Wasser- ratten in einer ziemlich abgeschlossenen Welt, aus der nur selten Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen. Vielleicht interessiert es die Leser des "Vorwärts" eine kleine Schilderung des Lebens und Treibens, wie es sich in und auf den Panzerlöcher abspielt, die draussen auf der Wacht liegen, jeden Augenblick bereit, einem übermächtigen Feinde entgegenzutreten oder geplante Einbrüche feindlicher Seestreitkräfte in die heimatischen Gewässer abzuwehren.

Ueber dem ewigen Einerlei des Dienstes ist die Woche wieder einmal vorübergegangen und der Sonntagabend angebrochen. Vor dem Schlafengehen halte ich noch einen kurzen Auszug vom Deck. Nichts zu sehen als grauer Himmel mit vielen zerrissenen Wolken und ein in Nacht und Nebel getauchter Horizont. Der Wind ist böig, die der offenen See zutreibenden und sich überstürzenden Wellen zerhacken an der grauen Panzerwand des in der Strömung liegenden Schiffes. Nur ganz unbedeutend hebt sich die Umrisse eines zweiten noch weiter seawards liegenden Minenschiffes von dem schwarzen Hintergrund ab. Diese Stille rings umher, nur die gefüllten gefächerten Puffer fliegen ihr monotones, unaltes Lied. Legt man oben das Ohr an die stählerne Bordwand, kann man deutlich das Klappen des Schiffes hören, das dumpfe gleichmäßige Schlagen der Maschine vernehmen, die das gewaltige Schiff mit elektrischem Licht versorgt. Nur die Jantenträume, nach außen dringt aus dem ganzen Schiff nicht der geringste Lautschimmer; alles ist abgedämmt. Nur am Horizont blüht in regelmäßigen Intervallen eine Leuchteboje auf, die den vorbeikommenden Schiffen zur Orientierung dient.

Nun verläge ich mich in meine Hängematten, aber von ungesicherten Schlummer ist keine Rede. Eine Viertelstunde vor Mitternacht erwidern die Posten, die oben die Wacht zum Besetzen erhalten, an den Schlafplätzen. Dort beginnt ein grauames Spiel. Leute, deren schmerzliche Gesichtszüge deutlich verraten, daß sie sich augenblicklich bei den Liechten auf Umland oder im Kreise ihrer Familie befinden, werden mit dem Rufe: "Reise! Reise!" und derben Stößen aus ihrem traulichen Bunk herausgerissen und in die Wirklichkeit zurückgeführt. Kein Wunder, wenn hier und da Morgengebete laut werden, wie sie in keinem Gefangenen zu finden sind. Doch so energisch das Wecken auch erfolgte, keiner der Geweckten kann sich sofort von seinem "Biquam" trennen. In allen möglichen Stellungen verharren sie noch einige Zeit mit halb oder ganz geschlossenen Augen in ihren Hängematten, bis eine schrille Stimme ruft: "5 Minuten vor 12."

Dieser Ruf wirkt wie ein Donnerknall. Augenblicklich sind die Geweckten aus den Hängematten heraus und es beginnt ein tolles Rennen und Hasten. Denn in kürzester Zeit muß viel gemacht werden. Die Leute müssen sich in den fünf Minuten ankleiden, ihre Hängematten abnehmen, rollen und in dem dazu bestimmten Stollen verpacken, Tabak und sonstige Kleinigkeiten zu sich packen, etwaige Bedürfnisse erledigen und schließlich noch vor 12 Uhr antreten. Erhöht wird das Durcheinander noch dadurch, daß in dem verhältnismäßig engen Raum 40 Hängematten dicht nebeneinander schweben. Licht nur spärlich vorhanden ist oder von den Hängematten verdeckt wird, und selbst das Deck, das ohnehin der Möglichkeit übergenug bietet, sich mit Erfolg Arme und Beine zu brechen, noch mit vielen Hängematten besetzt ist. Aber Übung macht den Meister, und eine Minute vor 12 Uhr stehen sie nicht mehr in dem Abteil.

Als die Schiffsglocke töndert die Mitternachtsstunde anzeigt, wird die Schotttür schon wieder geöffnet und die abgelassenen Posten treten ein. Deren Lärm ist bald verstummt, denn sie haben alle das Bedürfnis nach Ruhe. Bis 7 Uhr morgens können sie schlafen, so lange wie ich, der ich diese Nacht keinen Posten zu beziehen brauche. Um 7 Uhr gibt es wieder kräftiges Wecken. Im Nu bin ich aus der Hängematte, ziehe schnell Strümpfe und Schuhe, sowie die Hose dieser Garnitur an, von der die Sage berichtet, daß sie von selbst stehen könne, nehme die Hängematte ab, schlängele mich mit ihr durch den Anstieg der Kommanden und krieche durch ein Gewirr von Gängen und Schotttüren.

Darauf geht es demselben Weg zurück an das Kleiderständer, um Bekleidungsstücke zu holen. Das vollzieht sich freilich nicht immer glatt, sehr oft muß man zehn Minuten oder noch länger warten, eben weil von 1800 Menschen nicht alle die ersten sein können. Das

die Luft in den engen Räumen, in denen während der Nacht über tausend Menschen geschlafen haben, nicht besonders gut ist, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Während der erzwungenen Pause kann man allerlei Studien machen. Welche eine Fülle der verschiedensten Charaktere sind hier aus allen deutschen Gauen in den engen Schiffsraum vereinigt und wimmeln wie Ameisen durcheinander!

Jetzt gibt es etwas Luft, ich benutze sie, um Seife, Handtücher, Handtuch und Seife zu nehmen und damit nach dem Bordteil des Schiffes zu eilen, auf dem das Waschen vor sich geht. Mit der Seife muß sehr sparsam gewirtschaftet werden, müssen 50 Gramm doch einen ganzen Monat reichen. Würde heute noch die Kulturstufe der Völker nach dem Seifenverbrauch bemessen, könnte es leicht kommen, daß wir schlecht abschnitten und des "Barbarentums" überführt würden, von dem unsere Feinde ständig schwärmen.

Nach eingenommenem Frühstück geht es auf die angewiesene Station, zur Ausführung der Arbeiten, die auch Sonntags verrichtet werden müssen. Meine Station umfaßt die Gemächer des Höchstkommmandierenden, des Admirals. Uebermäßig viel Arbeit macht mir die Reinigung ja nicht, so daß ich immer noch ein Viertelstunden übrig behalte, um meinen Gedanken nachzukommen und Beobachtungen zu machen. Ich schaue aus dem Balkone, wie man die runden Fenster des Schiffes heizt, hinaus auf die Wasserfläche. Trostlos! Bist du das Auge sieht, Wasser und nichts als Wasser, dann ein Strich, der Horizont, und darüber der Himmel mit den genauen, sich jagenden Wolken. Mit ihnen wandern meine Gedanken weiter gen Süden, in die liebe bayerische Heimat mit ihren Bergen und Wäldern, der ich so entfremdet bin und die ich doch nicht verlassen kann. Und noch weiter gen Süden schweifen sie, in das Land der Pyramiden und Palmen und darüber hinaus, in den unendlichen Kosmos, in dem ich monatelang ein Kommandolenbe fahre.

Aus diesem Stimmern werde ich durch das häßliche Kreischen der Klappen aufgeschreckt, die in großen Schwärmen um die Schiffe kreisen und sich um jeden Speiseball während halber. Wenn man schärfer zuseht, kann man beobachten, wie fast alle Klappen der älteren Jahrgänge Verformungen aufweisen, die sie sich in diesen Konferenzen um des Leibes Nahrung geholt haben.

Oben auf dem Deck schallt es laut: "Auffahren!" Der Befehl gilt für das ganze Schiff; eiligst wird das Vorschiff verlassen und auf der Brücke angetreten. Der Akt geht rasch vorüber, wir verschwinden wieder in der Tiefe, um nach einiger Zeit auf erhaltenen Befehl mit guten Sachen zur Küstung anzutreten. Glücklicherweise haben wir in unserem Signalmeister einen prächtigen, humanen Vorposten. Bei der Anweisung sagte er uns oft: "Aber, was der Dienst verlangt, muß unweigerlich ausgeführt werden! Je williger ihr Euch zeigt und je eher ihr Euch allen Arbeiten unterzieht, desto besser wird alles gehen, und ich werde nicht nötig haben, Euch zu tadeln und zu strafen." Da er kein Kleinigkeitsträger ist und etwas von der schweren Kunst versteht, jeden seiner Untergebenen nach seiner besonderen geringen Veranlassung zu behandeln und anzuspornen, ist er ungemein beliebt und der Dienst widelt sich ohne Poltern und Schelten schnell und sicher ab.

Seute vollzieht sich die Küstung rasch. Aus Kalksteinen war schon vorher eingeschifft worden, die Gebetsbücher nicht zu verpassen, denn der Küstung schließt sich der Gottesdienst in der Kirche unmittelbar an. Ein Gebetsbuch muß jeder besitzen. Wer keine hat, dem wird eins gekauft und das Geld von der Löhnung abgezogen.

Mit dem Herrn Pfarrer habe ich leider nicht aus besonders gutem Fuße. Als er gehört hatte, daß ich schon weit in der Welt herumgekommen war, zog er mich einmal an einem Sonntagmorgen mit, an dem ich dienstfrei war, ganz leutselig — der Herr steht im Liturgienbuch — ins Gefährt. Von meinen Fahrten und Abenteuer wendete sich das Gespräch schließlich auch Zeit- und Streitfragen zu, und Sonderreden fanderte dabei, wie es mit meiner Weltanschauung stand. Offenherzig erklärte ich, daß ich durch vieles Nachdenken und durch Lesen wissenschaftlicher Bücher zu Ansichten über Gott und Welt gekommen sei, die weit von dem von der Kirche Gelehrten abweichen. Darüber war der Herr Pfarrer aufgesetzt, und so oft er jetzt meiner anständig wird, trifft mich ein langer, vortourvolleschender Blick. Mehrmals hatte ich schon den Eindruck, daß bestimmte Ausführungen in seinen Predigten ganz speziell an meine Adresse gerichtet waren.

Der kirchlichen Anbacht folgt nochmals ein "Antreten", und als das "Bettreten" erschallt, steht die Uhr hart auf 12. Da heißt es, rasch Essen holen und schnell speisen, denn die Diensthabenden auf der Brücke warten bereits schmerzhaft und hungrig auf Abführung. Was schie ich denn auch mit fünf Mann zur Wache auf die Brücke. Als Dienstältester muß ich meine Kameraden annehmen und es be-

ginnst ein Frage- und Antwortspiel, das sich stets gleich bleibt und doch immer wieder anderes bringt. Nachdem ein jeder über den laufenden Dienst informiert ist, verschwindet nach Uebergabe des Postens die abgeschliffene Wache schlammig, um sich die reservierten und manchmal auch bereits etwas "abgefähten" Speisen zu holen.

Für uns auf der Wache beginnt ein schwerer Dienst, über dessen Art näheres natürlich nicht gesagt werden kann. Bei der Ablösung um 4 Uhr sind wir ermüdet und gründlich durchgefroren. Jetzt sind wir endlich "frei". Nachdem wir uns in unserem Logis etwas gewärmt haben, wird die Zeit mit Lesen und Briefschreiben zugebracht. Sie ist nur sehr knapp zugemessen, diese "Freizeit". Denn bald nach sieben Uhr muß das Abendbrot eingenommen und um acht Uhr die Hängematten zu vierstündigem Schlafen bestiegen werden. Kurz vor zwölf Uhr werden wir geweckt und es spielt sich alles wieder so ab, wie ich es eingangs mit der Wache, an der ich nicht beteiligt war, schilderte. Damit sind dann die vierundzwanzig Stunden "Sonntag" an Bord vorüber. Daß an den Wochentagen Dienst und Wacht an der Wasserlinie noch viel härtere Anforderungen an die Mannschafft stellen, braucht wohl nicht erst betont zu werden.

Berliner Volks-Chor.

Weder die winterliche Temperatur im allgemeinen, noch das infolge Kohlenknappheit ungeheizte gebliebene Schiff der Garnitionslage im besonderen hat wohl irgendeinen zu verhindern vermocht, dem letzten Sonntagkonzert unseres Volks-Chores beizumohnen. Unterstützt wurde er, außer dem Blüthner-Orchester und Herrn Johannes Rohrbach (Orgel), vom Berliner Sängerverein (Cécilia-Verein), sowie den Damen Elisabeth Döhloff (Sopran), Paula Werner-Jensen (Alt) und den Herren Richard Aube (Tenor) und Sidon Viden (Bass). Mozarts "Requiem" — seines Schöpfers eigentlicher Sterbegesang — kam diesmal in noch vollkommener Weise zur Geltung.

Das der Stimmkörper an feinsten Schattierungskunst und geschmeidigem Rhythmus unter seinem derzeitigen Leiter, Musikdirektor Max Gläse, gewonnen hat, wurde auch gerade beim Vortrage zweier nachfolgender Brahms'scher Chorwerke offenbar. Beide: sowohl die "Morgensonne" für Alto und Männerchor, als das "Schicksalslied" für gemischten Chor sind während des deutsch-französischen Krieges entstanden und von leuchtender Schönheit. Zum künstlerischem Gelingen des ersteren Wertes hat auch unstrittig die Solistin beigetragen, deren Part vermöge einer weittragenden geläuterten Klarsicht den tiefen Eindruck erhöhte. Die gesteigerte Begeisterung Brahms'scher Chorwerke heizen wir freudig willkommen.

Der Aufschwung New Yorks zur Kriegszeit.

Die Handelskammer des Staates New York hat soeben einen Jahresbericht herausgegeben, der sich zu einem großen Teil mit dem Aufschwung der Stadt New York während des Krieges beschäftigt. Nach den hierüber mitgeteilten Einzelheiten zählt New York, das noch im Jahre 1896 nicht mehr als 3 1/2 Millionen Einwohner hatte, am Ende des Jahres 1916 7 1/2 Millionen Einwohner. Der Bevölkerungszuwachs während der drei letzten Jahre allein stellt eine Zahl dar, die höher ist, als die Gesamtzahl der Gebölterungen anderer großer nordamerikanischer Städte wie z. B. Boston oder St. Louis. Gerade während des Krieges ist ein wahres Baufieber entstanden. Nach einer Statistik soll gegenwärtig im Gesamtgebiet der Stadt New York jede Viertelstunde ein neuer Bau vollendet werden. Dabei handelt es sich zum größten Teil um Fabriken oder sonstige Anlagen, die für Arbeitszwecke bestimmt sind. Der Wert der von den 88 000 Fabriken der Stadt New York im letzten Jahresjahre hergestellten Waren beziffert sich insgesamt auf ungefähr 15 Milliarden. Die Zahl der Theater beträgt heute 250, die der Epitäre mehr als 100, die der Schulen mehr als 550 mit einer Besetzungszahl von insgesamt durchschnittlich 800 000 Schülern.

Stotzen.

Das Kattogal im Zuzieren. Im skandinavischen Norden herrscht zurzeit außergewöhnliche Kälte. Das Kattogal ist in großen Teilen vollständig angefroren. Dauert die Kälte und die Windstille noch einige Tage so weiter an, so rechnet man damit, daß das Kattogal dies Jahr, praktisch gesprochen, ganz zufrieren wird. An der Westküste von Schweden und bis hoch gegen Norden hinauf steht das Eis fest. Vorige Woche wurden verschiedene Schiffe, die von Norwegen auf der Fahrt nach Süden waren, in Gottenburg einklaufen, weil sie nicht weiterkonnten. Von einer Orientierung an der schwedischen Westküste wird gemeldet, daß das Eis, so weit man überhaupt mit dem Fernrohr sehen kann, das ganze Meer bedeckt.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman

von Gabriela Zapolska.

Zu dieser Frage mit der spitzen Schnauze und dem von Narben durchsurchten Hals, um den ein rotwollener Schal gebunden war, spiegelte sich ein widerwärtiger Charakter.

Ihm folgte Jaak. Erst jetzt fiel Altki der Gegensatz zwischen Feinbubens Ausdruck und dem des rothaarigen Ruffanten auf.

Der Hotelbesitzer mit seinem silbergrauen Bart eines Patriarchen erwiderte auf den ersten Blick ein Gefühl des Vertrauens. Er war sauber und ansehnlich gekleidet. So lange er allein war, fielen diese Vorzüge nicht auf, aber von dem bodennarbigem Schenkel nach er günstig ab.

"Joffele wird Sie hinführen," sagte er, indem er auf den Koffkopf zeigte.

"Sie wollen zur Polizei?" fragte Joffele hastig. "Bitte, folgen Sie mir!"

Er stürzte zum Tor hinaus, raffte den Mantel und packte mit den Fingern sofort in die größte Pflüze hinein. Dann drehte er sich um und rief Altki ermunternd zu:

"Bitte, folgen Sie mir!"

Aber die Tür des Restaurants öffnete sich, und auf der Schwelle erschien ein Offizier mit leichenblassem Gesicht, die Uniform auf der Brust geöffnet.

"Joffele! Du Gauner! Wo bist du denn geblieben?"

"Ich komme gleich wieder!" rief Joffele aus der Pflüze mit tonischer Aussprache der russischen Worte zurück.

"Sofort kommst du her, du Schweinehund und spielst den Zigrionof."

"Ich komme sofort!"

"Der rote Teufel ist ausgerissen!"

Der Offizier kehrte taumelnd ins Restaurant zurück.

"Folgen Sie jetzt dem Joffele sofort," meinte der Wirt, "denn die Herren Offiziere könnten Ihnen böse werden, daß Sie ihnen den Ruffanten einführt haben. Ich lasse das Tor schließen. Er führt Sie inzwischen zur Polizei und kommt schnell wieder zurück. Er ist ein sehr kluger und ehrlicher Jude."

Altki ging auf die Straße hinaus und blickte sich in der Finsternis um, da er Joffele nicht mehr sehen konnte.

Inzwischen schloß Proschowski eilig das Tor ab, um den Dragonern den Zugang zur Straße zu erschweren.

Altki spähte nach seinem Führer aus.

"Hi! Hi!" hörte er plötzlich in der Finsternis.

"Ist das Joffele?" fragte Altki.

"Ja, ich bin es! Kommen Sie!"

"Ich kann Euch nicht sehen, ich weiß nicht, wo Ihr seid!"

"O weh! warum kann ich Sie denn sehen? Ich sehe in der Nacht genau so wie am Tage. Ich werde leise spielen, Sie folgen dem Klang der Geige."

"Warum denn?"

"Ich darf aus der Finsternis nicht heraus. Die Dragoner könnten mich bemerken. Sie drängen sich an die Fenster."

Zufällig sah man, wie sich hinter den Fenstern des Restaurants etwas regte.

Dünne Geigentöne gaben kaum hörbar den "Zigrionof" wieder. Es war wie ein Summen in der feuchten Luft.

Altki merkte, daß sie von den Häusern links herüberkamen. Er wandte sich nach jener Seite. Die Töne verstummten. Das Geflüster wiederholte sich.

"Der gnädige Herr geht nicht richtig... so... so..."

Ein läbler Geruch umwehte Altki.

"Folgen Sie mir," sagte Joffele dicht neben Altki. "Ich werde Sie unterfassen, sonst verlieren wir uns wieder."

Vom Hotel her ließ sich durch die offenen Fenster verzweifeltes Rufen hören.

"Joffele! Komm auf der Stelle her! Joffele!"

Aber Joffele lehnte sich nicht mehr an das Geflüster und führte Altki, der den Kopf abwandte, um nach Möglichkeit bessere Luft einzunehmen.

"Joffele! Joffele!"

Sie bogen rechts in eine Gasse mit holprigem Pflaster ein.

Altki hatte den Eindruck, als betrete er einen gefährlichen Boden, aber er wollte es sich selbst nicht eingestehen, daß diese Gefahr ihm Schauer einflößte. Im Gegenteil, er machte sich Mut und zog aus der Tiefe seines Gewissens das, was er Pflichtgefühl nannte, hervor.

"Ich muß das tun," sagte er und überließ sich der Gnade oder Ungnade des übertriebenen Geschöpfes, das sich an seinem Mantel festhielt.

So gingen sie eine Weile schweigend nebeneinander her; schließlich begann Joffele zu sprechen.

III. Joffele's Wirt.

"Wozu wollen Sie denn zur Polizei gehen?"

"Was geht das Dich an?"

"Gar nichts! Ich frage nur so aus Neugierde; denn wenn Sie zu dem Herrn Polizeikommissar selbst wollen, so schläft er schon, und wollen Sie zu seinem Sekretär, so schläft er auch schon."

"Dann wird man sie eben wecken!"

Joffele verstummte und hüpfte im Gehen, als könnte sein Körper nicht einen Augenblick eine ungebrochene Linie vertragen.

"Sie haben es nicht gern, wenn man sie weckt," sagte er schließlich, "sie würden sehr unzufrieden darüber sein."

Altki zuckte die Achseln.

"Das geht mich nichts an!"

"Aber sie könnten Ihnen böse werden!"

"Davor sollen sie sich hüten. Ich habe keine Angst vor ihnen, ich bin kein Dieb und werde ihnen schon beisommen."

Joffele schnalzte mit der Zunge.

"Jawohl! Sie sind ein aufgeregter Mensch. Feinbube sagte mir, es ist wegen eines Geschreis, das Sie auf dem Stadtwall gehört haben. Aber bei uns schreien die Katzen oft in der Nacht oder die Hirnen!"

"Nein, nein, das war etwas anderes!"

Während Altki mit diesem Juden durch die Finsternis ging, übermannte ihn ein immer seltsameres Gefühl. Obgleich er ihn nicht sah, hatte er sein Bild deutlich vor Augen. Zu jenem Augenblick, da er ihn aus der Tür des Restaurants herauskommen und später, als er die gekrümmte Gestalt mit der Geige unter dem Arm durch die Pflüze waten sah, hatte sich ihm diese Figur tief ins Gedächtnis eingepreßt.

Altki konnte ihn also trotz der herrschenden Finsternis genau sehen und wahrnehmen, wie bei diesen anscheinend gleichgültigen Fragen sich Joffeles Gesicht verzog. Er sah sein Augenblinzeln und ein nervöses Zucken, das unter seiner Haut dahinjuckte, und er beschloß, sich vor diesem Ruffanten in acht zu nehmen und ihn in nichts einzuweichen.

Aber Joffele führte das Gespräch fort:

"Auch ich habe einmal in der Nacht ein furchtbares Geschrei gehört. Ich lief sofort zur Polizei und teilte es ihr mit. Der Herr Polizeikommissar warf sich schnell in seine Uniform und den Mantel, denn er ist ein höchst gewissenhafter Polizeikommissar, und ging dorthin, wo das Geschrei gehört wurde. Es waren heruntergefallene Hirnen und Soldaten. Die Mädchen zankten mit ihnen, und die Soldaten schlugen sich die Wäuler ein. Da war der Herr Polizeikommissar auf mich böse, daß ich ihn geweckt hatte. Er hat sich sehr geärgert."

(Fortf. folgt.)

